Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7869.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: **Volksblatt Hallesaale.**

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 106. Sonnabend den 8 Mai 1897. 8. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

216 Sitzung vom 6 Mai, 1 Uhr.

Präsident **v. Buol** eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstisch Direktor Reichardt.

Die zweite Beratung des **Auswanderungsgesetzes** wird fortgesetzt.

§§ 3, 6 und 11 werden zusammen beraten. Nach § 3 soll die Erlaubnis in der Regel nur erteilt werden a) an Reichsangehörige, die im Reichsgebiet ihre gewerbliche Niederlassung haben, b) an Handelsgesellschaften, eingetragene Genossenschaften und juristische Personen, welche im Reichsgebiete ihren Sitz haben; an offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, jedoch nur, wenn ihre persönlich haftenden Gesellschafter sämtlich Reichsangehörige sind. Nach § 6 soll die Erlaubnis nur für bestimmte Länder, Teile von solchen oder bestimmte Orte und in Fällen überseeischer Beförderung nur für bestimmte Einschiffungshäfen erteilt werden. Nach § 11 kann die dem Unternehmer erteilte Erlaubnis jederzeit beschränkt oder widerrufen werden.

Die Abgg. **Frese** und **Barth** (freis. Ver.) wollen dem § 3 hinzufügen, daß die Versagung der Erlaubnis nur erfolgen kann, wenn gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche dessen Unzuverlässigkeit in Bezug auf den Gewerbebetrieb eines Auswanderungs-Unternehmens darthun.

Abg. Dr. **Bürklin** (Zentr.) beantragt, den § 11 wie folgt zu fassen: Die den Unternehmern erteilte Erlaubnis kann unter Zustimmung des Bundesrats vom Reichskanzler jederzeit beschränkt oder widerrufen werden. Die Genehmigung der Bestellung eines Stellvertreters kann vom Reichskanzler jederzeit widerrufen werden.

Abg. Dr. **Hammacher** (natlib.) beantragt zu § 3 noch, „Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit" die Erlaubnis zu erteilen.

Die Abgg. **Nadbyl** (Ztr.) und **v. Hodenberg** (Welfe) beantragen, den § 6 dahin zu beschränken, daß die Erlaubnis im Falle der überseeischen Beförderung nur für bestimmte Einschiffungshäfen zu erteilen sei.

Abg. Frhr. **v. Hodenberg** (Welfe) bekennt sich als Gegner der Staatsomnipotenz, die auch in diesem Gesetz wieder zum Ausdruck komme. Am besten wäre es, wenn man der Gesetzesmacherei unserer Zeit einen Riegel vorschieben könnte. Bei der jetzigen Vorlage gelte es, wenigstens die größten Härten zu mildern und besonders die diskretionäre Vollmacht des Reichskanzlers zu beschränken. Allen darauf abzielenden Anträgen werde er zustimmen. Seinen Antrag zu § 6 ziehe er zu gunsten des Antrages Nadbyl zurück.

Abg. **Bebel** (soz.): An sich steht unsere Fraktion einem Auswanderungsgesetz durchaus sympathisch gegenüber, entscheidend aber ist Tendenz und Inhalt. Würde es sich nur darum handeln, die Auswanderer vor den Uebervorteilungen der Agenten, der Schiffsgesellschaften, und vor den Schäden zu bewahren, die ihnen durch Maßnahmen der Regierung des Landes, in denen sie ihren Aufenthalt nehmen, zugefügt werden können, so daß sie den nötigen Rechtsschutz finden gleich den eingeborenen Staatsbürgern, und daß sie nicht persönlich in unfreie Verhältnisse kommen, so wären wir als Vertreter der Arbeiterklasse ja um so mehr an einem solchen Schutzgesetz interessiert, weil der größte Teil der Auswanderer aus Proletariern besteht. Das ist aber bei dem vorliegenden Gesetz nicht der Fall. Seine Tragweite wird noch nicht übersehen und auch das Zentrum und die Konservativen, die dem Gesetz sympathisch gegenüberstehen, geben sich darüber allerlei Illusionen hin. Drei Gedanken liegen dem Gesetz zu Grunde. Erstens die Auswanderung nach Möglichkeit zu erschweren und womöglich ganz zu hindern, zweitens, wenn man sie nicht hintertreiben kann, sie dann so zu lenken, wie man es im sog. nationalen Interesse für nötig hält, und drittens, eine Kolonisationspolitik zu verfolgen, wie sie bisher in unseren Kolonien mißglückt ist, nämlich die Scharen der Auswanderer nach ganz bestimmten Ländern und Distrikten zu dirigieren, um es gewissen kapitalistischen Unternehmungen zu ermöglichen, nun auf Kosten dieser Auswanderer Spekulationen mit dem Landerwerb und dem Landverkauf zu treiben. Diese Unternehmungen werden alsbald, wenn das Gesetz in Kraft tritt, in Südamerika, in Südbrasilien, in Argentinien große Landankäufe machen und die Trommel rühren, um den ganzen Auswandererstrom, unterstützt von der Regierung mit den ihr durch das Gesetz gegebenen Machtvollkommenheiten, dorthin zu lenken und kolossale Vermögen werden ihnen durch Landspekulation in den Schoß fallen. Die Südafrikanische Siedelungsgesellschaft bietet ein gutes Beispiel dafür, sie hat Hunderttausende von Hektaren von der Reichsregierung geschenkt bekommen und verkauft das Land zu unverhältnismäßig hohen Preisen; allerdings hat sie bei den unsicheren Verhältnissen noch nicht viel Erfolg gehabt. In ein fruchtbares Land jedoch wie Argentinien werden Kolonien deutscher Bauern und vielleicht auch deutscher Handwerker viel eher zu leiten sein, wenn die betreffenden Gesellschaften in Verbindung mit der Regierung ihr Netz auswerfen.

Das Gesetz versucht die Quadratur des Zirkels durchzusetzen, wenn es einerseits die Kolonisation fördern, aber andererseits sie so dirigieren will, daß weder der deutschen Landwirtschaft noch der Industrie eine gefährliche Konkurrenz erwachse. Die Rechte hat von ihrem Standpunkt alle Ursache, zu verhindern, daß die ihr schon jetzt Gefahr drohende Konkurrenz der Auslandsmärkte in Bezug auf die Agrarprodukte nicht noch durch eine deutsche Auswanderung nach bestimmten Landesteilen künstlich erweitert und verstärkt werde. Sie können doch nicht, wenn es sich z. B. um deutschen Körnerbau handelt, eine Zollpolitik fortführen, die es ihren nationalen Brüdern unmöglich macht, ihre landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland auszuführen. Und selbst wenn Sie das hintertreiben, würde das gesteigerte Angebot von Getreide auf dem Weltmarkte seine Wirkung auf den Preis ausüben. Diese Konkurrenz wächst in demselben Maße, in dem die Auswanderung wächst. Ebenso werden Viehzuchtprodukte dieser Auswanderer auf dem europäischen Markte eingeführt werden. Sie (rechts) helfen hier eine Gesetzgebung fördern, die, während Sie im übrigen vom Staate verlangen, in Ihrer Interessenstellung und Ihrer sozialen Position gestützt zu werden, notwendigerweise helfen muß, diese noch weiter zu untergraben. Ich kann mir nicht denken, daß Sie das mit Absicht thun, und doch können die Hunderttausende deutscher Auswanderer, die Sie planmäßig in weite fruchtbare Landdistrikte hinausführen wollen, nichts anderes treiben als Ackerbau und Viehzucht; für eine industrielle Entwickelung ist dort in Südamerika kein Boden, einmal, weil die Käufer, sodann weil Kohlen und Erze fehlen. Fänden sich solche aber vor, so würde eine Konkurrenz mit der einheimischen Industrie zunächst auf dem südamerikanischen Markte die weitere Folge sein, und jeder Schritt, den die Regierung thäte, um diese Entwickelung zu hintertreiben, würde die ganze Kolonisation in Frage stellen. Also vom wirtschaftlichen Standpunkte ist es ganz undenkbar, auch nur eine Seite der Auswanderung staatlich zu konzentrieren und zu leiten, und auf der anderen Seite die Benachteiligung des Mutterlandes durch diese Auswanderung zu verhüten. Warum ist heute die Opposition gegen die Vereinigten Staaten so stark, warum versucht man die Auswanderung dahin, die notorisch bereits abgenommen hat, zu begrenzen? Weil die dorthin gegangenen Auswanderer, vorzüglich Männer aus den besten Jahren und von kräftigster Gesundheit, von Intelligenz und großer Energie des Willens, unsere ausgiebigsten Konkurrenten auf allen Gebieten, in der Landwirtschaft und in der Industrie, geworden sind, mit Hilfe amerikanischen Unternehmungsgeistes und amerikanischen Kapitals. Ebenso unmöglich ist es, in Südamerika die Kolonisationspolitik für deutsche Nationalzwecke auszunützen. Mir scheint, diejenigen, die die Motive zu diesem Gesetz gemacht haben, namentlich zu § 6, die haben da einige Stunden geträumt. (Heiterkeit.) Man macht uns Sozialdemokraten lächerlich mit unserm Zukunftsstaat; was Sie aber durch dieses Gesetz als ein Stück Gegenwartsstaat bieten wollen, geht weit über alle Chimären des Zukunftsstaats hinaus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An unsern Zukunftsstaat denken wir nicht eher, als bis alle Bedingungen vorhanden sind, die uns unsere Ideen auszuführen erlauben. Das Stückchen Gegenwartsstaat aber, das Sie hier bilden wollen, steht in direktem Widerspruch mit dem Gegenwartsstaat, den Sie haben. Sie kommen damit in eine unhaltbare Position. Im Kommissionsbericht steht zu lesen, in erster Linie ständen die Rücksichten auf das Vaterland, in zweiter die auf die Auswanderung und erst an dritter Stelle die auf die Unternehmer, die Rhedereigesellschaften 2c. Man will vor allem den nationalen Zusammenhang mit der Heimat wahren. Ich behaupte aber, die Rücksicht auf das Vaterland steht erst in zweiter oder sogar in dritter Linie; in erster Linie steht die Rücksicht auf die Auswanderung. Die Auswanderer gehen doch von der Heimat weg, weil sie ihnen nicht gefällt; sie sind ihrer müde; ja, Herr Regierungsrat, sie hassen sie sogar, weil sie ihrer Zustände überdrüssig sind und menschenwürdiger, als freie Männer leben wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der weitaus größte Teil der Auswanderer wandert aus wirtschaftlichen Gründen aus. „Wo mir's wohl geht, da ist mein Vaterland!" das ist die Parole der Masse dieser Auswanderer. Das können Sie bedauern, aber ändern können Sie es nicht. Gewiß, dieser Teil der Auswanderer wird lange, vielleicht das Leben lang immer noch mit freundlichen Gefühlen des Heimatlandes gedenken. Das ist das Land, wo er geboren und erzogen ist, das Land, dessen Sprache er spricht, dessen Sitten und Gewohnheiten hat. Vielleicht verschönert sich sogar für ihn manches in der Entfernung, was in der Nähe betrachtet sehr häßlich war und ihn zur Auswanderung getrieben hat. Aber trotz alledem sind diese Interessen nicht so mächtig, daß er nun im fremden Lande das eigene Heimatland wiederzusehen wünscht; denn er ist ausgewandert, um vom Heimatlande loszukommen. Ein kleiner Teil der Auswanderer geht aus politischen Gründen, meistens nicht freiwillig, sondern gezwungen weg, ohne jemals zurückzukehren. Er hat einen solchen Widerwillen gegen sein Heimatland, daß er ganz mit ihm gebrochen hat. Wie können Sie diese Natur der Dinge umgestalten wollen! Mit einer solchen Gesetzgebung müssen Sie elend Schiffbruch leiden. Sie wollen hier von Berlin aus, als wenn es der Mittelpunkt der Welt wäre, alle Fäden der Auswanderung in der weiten, weiten Welt regulieren und kontrollieren. Sie müssen also eine Anzahl von Beamten haben, die regelmäßig studieren, ob die Verhältnisse in den Auswanderungsländern so sind, wie man erwartet hat. Ja, man geht — es ist fast unglaublich, in den Motiven so weit, auszuführen, man müsse darauf bedacht sein, Katastrophen insofern zu verhüten, als man die Auswanderer sich nicht zu sehr in bestimmten Gegenden anhäufen lassen wolle, um zu verhüten, daß die Nachzügler keine ausreichende Existenz mehr finden. Allen Respekt vor der Weisheit der Herren vom Regierungstische, aber sie begeben sich auf ein Gebiet, wo ihre Weisheit einfach in die Brüche geht, wo sie nicht im Lande sind, das Allergeringste zu leisten. Ich begreife da allerdings, weshalb gestern Geheimrat Richter händeaufhebend gebeten hat, die Motive des Gesetzes außer Betracht zu lassen, die erschwerten die Verständigung. Aber diese Motive sagen doch, was der eigentliche Paragraph nicht sagen kann, wie man sich die Ausführung denkt. Steht so der ganze Plan dieser Kolonisationspolitik in der Luft, so möchte ich die Herren vom Zentrum insbesondere noch auf die politischen Konsequenzen dieses Gesetzes hinweisen. Der Abg. Frese hat gestern bereits mit Recht gesagt: Wenn Sie durch eine künstliche Verschränkung es dahin bringen, daß die Auswanderung für die gegenwärtigen Gesellschaften mit ihren ausgezeichneten Schiffen nicht mehr rentabel wird, dann schädigen Sie damit auch das Deutsche Reich und seine Verteidigung im Kriege, weil sich dann die Gesellschaften nicht mehr ihre prächtigen Schnelldampfer anschaffen können, von denen im Kriegsfalle in erster Linie die Verproviantierung Deutschlands abhängt; denn darüber sind wir alle einig, daß die größte Gefahr im Falle eines Krieges gegen zwei Fronten das Abschneiden der Lebensmittelzufuhr ist und der beste Schutz dagegen die Verfügung über rasche Transportdampfer. Es kommen aber noch andere Dinge in Frage. Die Kolonisationspolitik, die jetzt inauguriert wird, ist ein Stück der allgemeinen Weltmachts- und Weltpolitik. Die Herren vom Zentrum scheinen bis jetzt nicht erkannt zu haben, daß sie hier in eine Falle tappen. Diese Kolonisationspolitik geht nicht darauf aus, Länder, die gegenwärtig noch herrenlos oder die deutscher Besitz sind, mit deutschen Auswanderern zu besetzen. Ostafrika, Kamerun und Südwestafrika kommen nicht in Frage, sie werden nie im wahren Sinne Kolonisationsobjekte werden, wo große Massen deutscher Auswanderer hinzugehen die Neigung besäßen. Das weiß auch die Regierung. Deshalb sucht man jetzt nach Positionen in anderen Ländern als Stützpunkt für die Weltmachtspolitik. Da liegen uns nun die südamerikanischen Länder, Brasilien und Argentinien, sozusagen vor der Nase. Wenn wir nun die Massen unserer Auswanderer nach einem Lande dirigieren, in dem eine fremde Regierung herrscht und ein fremdes Volk die Macht hat, so muß das dort stutzig machen, zumal wenn die deutsche Regierung sich offiziell mit der Besiedelung ganzer Provinzen dieser Länder mit deutschen Auswanderern befaßt. Wissen Sie, wohin das am Ende führt: **auf die Konstituierung eines deutschen Transvaals in Südbrasilien und Argentinien!** Und wie das afrikanische Transvaal seinen Rhodes und Jameson gefunden hat, so wird das amerikanische Transvaal seinen deutschen Jameson finden. Vielleicht ist Herr Abg. Hasse dazu bereit, ob er die Fähigkeit hat, weiß ich nicht. (Große Heiterkeit.) Konflikte werden kommen; denn Gegenmaßregeln werden nicht ausbleiben, und dann kann der Reichstag Kreuzer bewilligen, um die brasilianische und argentinische Regierung zur Ordnung zu rufen. Jetzt wird das Zentrum erkennen, daß es, wenn es für dieses Gesetz stimmt, in einem Jahre dazu gelangen wird, nicht nur die von Herrn Lieber als Referenten der Kommission nicht befürworteten Kreuzer zu bewilligen, sondern viele neue dazu. Ich habe nicht übertrieben. Gewiß ist von alledem noch nichts vorhanden, aber mit diesem Gesetz schaffen Sie den Boden für eine solche Politik. Man kann vielleicht sagen: mit Argentinien und Brasilien wird das mächtige Deutsche Reich noch fertig: aber hinter beiden Staaten steht die nordamerikanische Union und die Monroedoktrin. In einer Zeit, wo jeden Augenblick die Gefahr entstehen kann, daß Deutschland unter Aufwendung seines letzten Mannes und letzten Groschens um seine Existenz zu kämpfen hat, sollten wir uns vor solchen Verwickelungen hüten. Ich warne Sie in letzter Stunde. Lehnen Sie vor allem die §§ 3 u. 11 u. 6 ab. Der einzig richtige Antrag ist der Antrag Frese-Barth. Wollen Sie mehr thun, so nehmen Sie einen Paragraph an, der der Regierung nur die Vollmachten giebt, die der schweizer Bundesrat in Bezug auf die Auswanderung hat. Genau so weit wollen wir gehen: Schutz dem Auswanderer, aber innerhalb vernünftiger Grenzen insbesondere volle Freiheit der Auswanderung für jeden, der auswandern will. Handeln Sie anders, so handeln Sie zum Uebel! (Lebhafter Beifall links.)

Geheimrat **Richter** erklärt, daß die Motive größtenteils von ihm stammten, und bittet mehr auf das Gesetz, als auf die Motive zu sehen.

Direktor im Auswärtigen Amt **Reichardt:** Der Abg. Bebel hat die gestrige Behauptung der Linken, es handle sich um agrarische Interessen, am besten widerlegt. Die Gefahr des Konfliktes mit irgend einer auswärtigen Macht infolge des Gesetzes besteht nicht. Redner verteidigt § 3 mit der Konzessionierungspflicht, die auch in England gelte. Die Konzessionierung wird immer spezialisiert und dafür gesorgt werden, daß nicht Katastrophen herbeigeführt werden durch einen allzu großen Strom von Auswanderern. Diese Anwendung des Spezialisierungsgesetzes wird nur segensreich wirken; ich bitte, die Abänderungsanträge abzulehnen, die darauf hinauslaufen, das freie Ermessen der obersten Staatsbehörde zu beschränken.

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vereinig.): Dies freie Ermessen könnte in den Händen wenn nicht dieser, so doch einer anderen Regierung zu einer gefährlichen Beschränkung der Auswandererfreiheit führen. Der Widerstand der Handelsstädte wird da sehr erklärlich. Wie lange werden die Gesellschaften, welche jetzt bestehen, auf die Konzessionierung warten müssen, wenn die Vorlage Gesetz wird, bis alle Umstände geprüft sind! Unterdes wird ein großer Teil der deutschen Auswanderung über fremde Häfen gehen. Eine wirklich gute nationale Auswanderungspolitik hat nur dafür zu sorgen, daß die Auswanderer dahin gehen, wohin sie selbst zu gehen für gut halten, daß für die Ueberfahrt bestimmte Vorschriften zu ihren Gunsten erlassen werden und daß Auskunftsstellen errichtet werden, wo sie sich nach den thatsächlichen Verhältnissen ihres Zielortes erkundigen können.

Abg. Dr. **Lieber** (Zentrum) hält persönlich die Besorgnisse des Abg. Bebel für begründet auch bei vollem Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung; er bittet um Annahme des Antrages Nadbyl, der wirksamer sei als die Anträge Bachem Schädler.

Abg. Graf **Arnim** (deutschk.) ist für die diskretionären Befugnisse des Bundesrats. Der Antrag Nadbyl sei ein Schlag ins Wasser.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentrum) bittet um Annahme des § 6 der Regierungsvorlage; man dürfe das Auswanderungswesen von Reichs wegen nicht gänzlich preisgeben.

Geheimrat **Richter** erklärt, § 6 solle den Auswanderern nicht die freie Selbstbestimmung nehmen, sondern nur die Verschleppung großer Massen nach ungeeigneten Gegenden hindern.

Abg. **Lenzmann** (freis. Volksp.) weist die gestrigen Vorwürfe des Abg. Hahn zurück, den er nicht als Anstandslehrer anerkennen könne. Graf Arnim habe nur ein angebliches nationales Interesse vertreten. (Der **Präsident** rügt diese Unterstellung und bittet, sich nunmehr streng an die Sache zu halten.) Redner beantragt, die Vorlage nochmals an die Kommission zurück zu verweisen; es müsse gegen die Konzessionsverweigerung in jedem Fall eine Berufungsinstanz geschaffen werden. Ein agrarischer Reichskanzler würde in der Lage sein, durch Festsetzung eines Minimaltarifs für die Rhedereien die Auswanderung fast unmöglich zu machen. Das Gesetz sei durchaus unreif, und solch ein Polizeigesetz könne man niemals wieder los werden; wer noch Sinn für Freiheit habe, müsse es ablehnen. (Beifall links.)

Abg. **v. Cuny** (natl.) stellt fest, daß das Spezialisierungsprinzip z. B. auch in Hamburg gelte. Er ist daher für § 6 der Vorlage, außerdem für den Zentrumsantrag zu § 11.

Abg. Dr. **Förster** (Antisemit): Das Gesetz bedeute einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand und sei mit gewissen Aenderungen wohl annehmbar.

§ 3 wird, nachdem der Antrag **Hammacher** (natl.) zurückgezogen und der Antrag **Barth** (freis. Vereinig.) gegen die Stimmen der Linken abgelehnt ist, in der Kommissionsfassung **angenommen**, ebenso § 6 unter **Ablehnung** der Anträge Barth-Frese (dafür nur die Linke) und **Nadbyl** (dafür die Linke und ein kleiner Teil des Zentrums.)

Zu § 11 wird der Antrag **Bachem** (Zentrum) **angenommen**, die freisinnigen Anträge **abgelehnt**.

§ 4 wird debattelos genehmigt, ebenso § 5 (Kaution des Unternehmers von mindestens 50 000 M.) angenommen, ein Antrag **Bachem**: höchstens 50 000 M. zu setzen, **abgelehnt**.

§ 6 gelangt debattelos zur Annahme, § 7 wird gestrichen.

Nach § 8 soll der Reichskanzler bei Erteilung der Erlaubnis an solche deutsche Gesellschaften, welche sich die Ansiedelung eines von ihnen in überseeischen Ländern erworbenen Gebietes zur Aufgabe machen, an die Vorschriften des § 5 nicht gebunden sein. (Der Unternehmer muß nach § 5 in der angenommenen Fassung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970508-12/fragment/page=0001

auch Rheder sein.) Im übrigen können, nach einem Amendement **Cuny** (natl.) Ausnahmen von den Vorschriften des § 5 nur aus besonderen Gründen (die Regierungsvorlage hatte: „nur mit Zustimmung des Bundesrats") zugelassen werden. Mit dieser Abänderung wird § 8 angenommen.

§§ 9—13 werden debattelos genehmigt.

§ 14 schränkt die Zulassung von Agenten aus mannigfachen Gründen ein.

Abg. **Metzger** (soz.) beantragt, daß die Erlaubnis bei Erfüllung der sonstigen Erfordernisse (Reichsangehörigkeit, Wohnsitz im Bezirke u. s. w.) nicht verweigert werden dürfe, wenn nicht Thatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden darthun und will ebenso den Widerruf der Erlaubnis nur aus zureichenden Gründen für zulässig erklären. Er begründet diese Forderungen mit dem Hinweise, daß der Agent nicht um jeder Lappalie willen gemaßregelt werden dürfe.

Unter Ablehnung dieser Anträge wird § 14 unverändert genehmigt, ebenso §§ 15—22.

Nach § 23 darf der Unternehmer Auswanderer nur auf Grund eines vorher abgeschlossenen Vertrages befördern, und die Verpflichtung zur Zahlung oder zum Abarbeiten des Beförderungspreises oder geleisteter Vorschüsse am Bestimmungsorte wird für unzulässig erklärt.

Ein Antrag Frhr. v. **Hodenberg** (Welfe), daß solch unstatthafte Verträge giltig sein sollen, falls sie die Genehmigung des Reichskanzlers erhalten, wird, nachdem u. a. Abg. Gerisch (soz.) diesen Antrag als Verschlechterung der Kommissionsfassung bezeichnet hatte, abgelehnt, und § 23 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 24 nennt die Personen, deren Beförderung verboten ist, u. a. solche, deren Verhaftung von einer Gerichts- oder Polizei-Behörde angeordnet ist. Die Abgg. Gerisch (soz.) und Genossen beantragen, die gesperrten Worte zu streichen und die Worte „wegen eines strafbaren Vergehens oder Verbrechens" einzuschalten.

Abg. **Gerisch** (soz.). Es erscheint doch zu weitgehend, jemanden die Auswanderung zu verbieten, dessen Verhaftung von einer Polizeibehörde angeordnet ist. Diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen die ländlichen Arbeiter, deren Arbeitgeber oft genug auch die Ortspolizei ausübt. Wir bitten deshalb um Streichung dieser Bestimmung.

Der Antrag wird abgelehnt, § 24—36 unverändert genehmigt.

Zu § 37 (Vorschriften des Bundesrats über Kontrolle der Auswandererschiffe) beantragt Abg. Gerisch (soz.) den Zusatz: „Die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Abg. **Metzger** (soz.) begründet den Antrag. Wir hatten in der Kommission eine Reihe von Anträgen zum Schutze der Auswanderer gestellt. Die Regierungsvertreter meinten, daß damit das Gesetz zu sehr belastet würde und Einzelbestimmungen besser im Wege bundesrätlicher Kontrolle zu treffen seien. Diese Erklärung wurde zu Protokoll genommen. Unser Antrag zieht die Konsequenz. Der Reichstag muß kontrollieren können, ob und wie der Bundesrat diesem Versprechen nachkommt.

§ 37 wird mit diesem Antrag, den Direktor Reichardt als acceptabel bezeichnet, mit großer Mehrheit angenommen, ebenso § 38.

Zu § 39 (Sachverständigenbeirat des Reichskanzlers bei Ausübung seiner Befugnisse aus diesem Gesetz, der vom Bundesrat ernannt werden soll) beantragt Abg. Dr. Bachem (Zentr.), daß die Hälfte der Mitglieder vom Reichstage gewählt werden soll.

Abg. Singer (soz.) will gleichfalls hier die Mitwirkung des Reichstages gewahrt wissen.

Der Antrag wird abgelehnt, es bleibt bei der Kommissionsfassung.

§ 42, der von den Organen handelt, die zur Untersuchung und zur Aufsicht der Schiffe in den in- und ausländischen Hafenorten befugt sind, (im Auslande die Konsuln ev. besondere ihnen beigeordnete Kommissare) wird mit einem unwesentlichen Amendement v. Arnim (Rp.) angenommen, ebenso § 43—45, und § 46, der die Strafbestimmungen für unbefugte Beförderung von Auswanderern erhält.

Ein Antrag Graf Kanitz (dkons.) will einen weiteren Paragraphen zufügen, durch den der Mädchenhandel mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, Ehrverlust und Polizeiaufsicht bestraft wird.

Abg. Graf **Kanitz** (dkons.) begründet diese Verschärfung der geltenden Strafen für die Kuppelei. Die Strafen für diesen schimpflichen Handel können nicht scharf genug sein. (Bravo!)

Geh. Rat **Tischendorff** bittet, den Antrag abzulehnen, da das Strafgesetz genüge und die Materie mit diesem Gesetz nur sehr lose zusammenhänge.

Abg. **Bebel** (soz.): Mit Ausnahme von Oestreich Ungarn giebt es kein Land in Europa, aus dem so viel junge Mädchen ins Ausland zur Prostitution verschleppt werden, wie gerade Deutschland. Da sind die schärfsten Maßnahmen geboten und ich habe deshalb auch die Bestrafung der Hufsperionen, der Agenten und Agentinnen beantragt.

Direktor **Reichardt**: Die Regierung sympathisiere durchaus mit dem Antrage, doch empfehle es sich nicht, ihn in dies Gesetz einzufügen. Die Konsuln in den Ländern, wohin der Mädchenhandel geht, haben die schärfsten Weisungen erhalten.

Abg. Dr. **Förster** (Antis.) beantragt einen Schadenersatz für die verleiteten Personen bis in Höhe von 6000 M.

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.): Graf Kanitz und Herr Bebel haben sich heute gefunden (Heiterkeit); ich sei gewählt mir die Bitte in eurem Bunde der Dritte. (Große Heiterkeit). Das Delikt ist mit der Auswanderung eng verknüpft. Eine Buße empfiehlt sich nicht.

Der Antrag Förster wird abgelehnt, der Antrag Kanitz mit dem Zusatzantrage Bebel einstimmig angenommen.

Der Rest der Vorlage wird debattelos erledigt, die Resolutionen bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Um 6½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. (Antrag Colbus betreffend die Bezirksausschußwahlen im Elsaß, Margarinegesetz, Antrag Auer betr. Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen.)

Tagesgeschichte.

97 Millionen Mark Ueberschuß hat das Finanzjahr 1896/97 im Deutschen Reiche erbracht, ein Beweis, daß die Zölle und Verbrauchsteuern viel zu hoch sind, obwohl sie gerade die unbemittelten Klassen relativ am meisten belasten. Anstatt nun auf eine Herabminderung der Reichsschulden, der Steuern und Lasten, die immer drückender werden, bedacht zu sein, um dem Volke die dringend notwendige Entlastung zu teil werden zu lassen, wollen die Marine-Enthusiasten das Geld für unnütze Marine-Ausgaben verpulvern. Das fehlte gerade noch!

Es kostet zu viel! In der Kommission für die Medizinalreform wurde zunächst die Errichtung besonderer Provinzial-Gesundheitsämter als zu kostspielig und unzweckmäßig bezeichnet, da die Universitäten in der Lage seien, die Funktionen solcher Anstalten mit zu übernehmen. Auch die Trennung der gerichtsärztlichen Praxis hielt die Kommission nur in besonderen Fällen, nicht aber im allgemeinen für notwendig. Ebenso stieß gestern morgen der Regierungsvorschlag wegen Schaffung eines Bezirksgesundheitsrats auf erheblichen Widerstand. — Die Kulturaufgaben leiden nicht!

Die Konservativen und das Vereinsgesetz. Die schlauen Kanzlitier und Stummgardisten erklären in der Konserv. Korr., sie würden für Aufhebung des Verbots, welches auf das Inverbindungtreten der Vereine gesetzt ist, stimmen, wenn auf der anderen Seite Garantien gegeben würden „zum Schutze gegen den Mißbrauch der Vereinsfreiheit durch staatsgefährliche Elemente". — In Preußen-Deutschland von einer Vereinsfreiheit zu reden unter diesen „Garantien" ist selbst der ultramontanen Germania zu einfältig. Das Blatt erklärt, mit einem verkappten Sozialistengesetz sei die Aufhebung des belanglosen Inverbindungtretens viel zu teuer erkauft. Weiter fragt die Germania, ob die Regierung denn mit dem alten Sozialistengesetz noch nicht genug bittere Erfahrungen gemacht habe. Mit einem neuen ähnlichen Gesetze würde es ihr nicht besser gehen.

Das ist ganz richtig. Aber unsere Reaktionäre in und neben der Regierung haben ein so armseliges Arsenal von geistigen Waffen, daß sie immer wieder zu dem Mittel der brutalen Unterdrückung zurückgreifen müssen, auch wenn sich diese Waffe schon hundertmal als stumpf erwiesen hat.

Der Kriminalkommissar Grams in Aachen, welcher bekanntlich seiner Zeit wegen Belästigungen des Publikums im Restaurant Wirtz — er hatte dasselbe bekanntlich davor gewarnt, sein Monocle zu beleidigen — von der Disziplinarkammer zur Versetzung in ein gleiches Amt verurteilt wurde, ist am 1. Mai richtig nach Köln versetzt worden.

Die Anklagebehörde hatte zwar gegen das obige Urteil Berufung eingelegt, weil dasselbe zu gelinde ausgefallen war, doch ist diese Berufung, wie man sieht, augenscheinlich verworfen worden.

Wenn sich der Bestrafte aus Gram nur kein Leid anthut, daß er von Aachen nach Köln versetzt wurde!

Peters als Sklavenhändler. In der Erörterung der Frage, ob Peters strafrechtlich zu fassen sei, schreibt die Frankf. Ztg. in Uebereinstimmung mit der von uns kundgegebenen Ansicht:

„Die Disziplinarkammer hat das Vorgehen gegen die schwarzen Konkubinen des Peters nicht als strafwürdig angenommen, auch nicht die Hinrichtung der einen von ihnen. Sie hat dabei aber gar nicht berücksichtigt, daß hier eine ganz brutale Freiheitsberaubung unter Anwendung öffentlicher Gewalt vorlag, die zweifellos strafwürdig ist. Peters stand nicht die geringste rechtliche Gewalt über die Weiber nach deutschen Rechtsbegriffen zu und durfte ihnen also auch nicht verwehren, zu gehen wohin sie wollten. Ueber seine zwei Spezialkonkubinen hat er allerdings sachliches Eigentumsrecht beansprucht, damit hat er sich aber gegen die Vorschriften über Sklaverei und Sklavenhandel vergangen, er hat sich selbst des Sklavenhandels schuldig gemacht, indem er zwei Schwarze als Geschenk annahm. In der Verfolgung und brutalen Bestrafung der schwarzen Weiber sehen wir also das allerschwerste Verbrechen, und die Hinrichtung der dritten Schwarzen, über deren Person Peters ebensowenig die rechtliche Gewalt zustand, charakterisiert sich geradezu als Mord."

Die Juristen werden wahrscheinlich sich zu dieser Erkenntnis nicht aufschwingen können und vor lauter „Bedenken" wird der Mörder straflos ausgehen.

Religionsunterricht der Dissidentenkinder. Im Abgeordnetenhause haben die freisinnigen Abgeordneten einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den einzigen Paragraphen enthält: Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterricht der Schule teil, sofern nicht die Eltern oder deren Stellvertreter das Gegenteil verlangen.

Ausland.

Griechenland. Am Mittwoch und Donnerstag sind die griechischen Truppen von den Türken aus der wichtigen Stellung bei Pharsala vertrieben worden. Die telegraphische Verbindung des griechischen Hauptquartiers, das in Pharsala lag, mit Athen war unterbrochen. Edhem Pascha depeschierte nach Konstantinopel, der Sieg der Türken sei groß.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Gegen den Redakteur des „Sozialistischen Studenten" ist Anklage wegen Aufreizung, begangen durch Aufnahme eines Gedichtes „Vorwärts", und wegen Beleidigung von elsaß-lothringischen Beamten, die in einem Artikel „Aus den Reichslanden" gefunden wurde, erhoben worden.

§ Wegen Beleidigung eines Försters ist vom Schwurgericht Nürnberg der Redakteur der Fränkischen Tagespost, Genosse Gärtner, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In seiner Revision behauptete der Angeklagte, mehrere Geschworene müßten während der Verhandlung geschlafen haben, sonst hätten sie nicht einen solchen Spruch abgeben können. Er sei an dem Tage, an welchem der inkriminierte Artikel erschien, gar nicht verantwortlicher Redakteur gewesen. Weiter wurde gerügt, daß der Zeuge, der sich in der Hauptverhandlung als Verfasser des inkriminierten Artikels bekannt hat, gar nicht vereidigt worden ist. Die Revision wurde trotzdem vom Reichsgericht für unbegründet erachtet und deshalb verworfen.

§ In Dresden hat Gen. Wittrich, Redakteur der Sächs. Arbeiterztg., eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten angetreten. Er soll die Amtshauptmannschaft Dresden und den Brigadier Mehlmann, einen schneidigen Landgendarmen, beleidigt haben.

Parteinachrichten.

— Der dritte Parteitag der polnischen Sozialdemokratie wird am ersten und zweiten Pfingstfeiertag in Posen abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Agitations- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes; 2. Bericht der Delegierten über die Agitation in ihren Kreisen; 3. Beschlußfassung über die in Zukunft zu führende Agitation; 4. Parteipresse und Parteilitteratur; 5. Stellung zur Frage der Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen; 6. Wahl des Vorstandes.

Arbeiterbewegung.

— Achtung, Maurer! Im Streik befinden sich die Kollegen in folgenden Orten: Altenburg, Bielefeld, Brandenburg, Fürstenwalde, Haynau, Liegnitz, Myslowitz i. B., Rudolstadt, Speyer, Torgau, Uelzen. Zuzug ist fernzuhalten. — Der Maurerstreik in Meerane ist siegreich beendet.

Die Maurer auf Bau Hesse in Magdeburg haben ihren Streik siegreich beendet.

— Der Tischlerstreik in Kiel ist in der Hauptsache siegreich beendet.

Aus dem Auslande.

— Die streikenden Arbeiter der Schiffswerft San Rocco bei Muggia in der Nähe Triests bitten die deutschen Arbeiter dringend, sie in ihrem wohlberechtigten Kampfe finanziell nach Kräften beizustehen. Schnelle Hilfe thut dringend not. Die Sendungen sind zu adressieren an die Lega socialdemocratica in Triest.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 7. Mai.

* **Schon wieder!** Unsere Leser irren, wenn sie meinen, daß unter dieser Spitzmarke gemeldet werden soll, daß wieder eine brave Rosinante mit ihrem Eisen in den Schienen der Stadtbahn hängen geblieben ist. Heute handelt es sich um etwas andres; allerdings ist wieder einmal etwas „hängen" geblieben, aber das Etwas ist diesmal kein Pferd sondern eine Verordnung unserer Polizeiverwaltung bez. des Magistrats, der mit seinem Namen die Polizeiverordnungen zu decken hat. Und da bald vom Oberverwaltungsgericht, bald von der Regierung in Merseburg und diesmal von seiten des hiesigen Landgerichts der einen oder andern Verfügung oder Entscheidung unserer Polizei das Schicksal bereitet wird, daß sie für ungiltig erklärt wird, rechtfertigt sich das „schon wieder." Wir meinen, wenn bei allen von der hiesigen Polizei ausgestellten Strafmandaten Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung herbeigeführt würde, dann würde sich das „schon wieder" in starkvermehrter Auflage zeigen. Diesmal handelt es sich, wie wir in gestriger Nummer unter Gerichtssaal berichtet haben, darum, daß das Landgericht als Berufungsinstanz eine Verfügung der hiesigen Polizei über Fleisch, das von auswärts in Halle eingeführt wird, um deswillen für ungiltig erklärt hat, weil sie weit über die Bestimmungen des Gesetzes hinausgehe, auf Grund dessen sie erlassen worden ist. Die Angeklagten, ein Fleischermeister und ein Kaufmann, mußten freigesprochen werden. Wie viele Zivilprozesse hat unsere Stadtverwaltung schon verloren! Wir erinnern nur an den fast blamablen Ausgang im Prozeß über Erhebung der Wassergebühren. Und nun wird wiederum eine Verfügung für rechtsungiltig erklärt: Besonders auffällig ist, daß schon das Schöffengericht in vorliegender Sache auf Freisprechung erkannt hat, gegen welche aber Herr Weydemann als Amtsanwalt Berufung einlegte. Als im Dezember vorigen Jahres die Volksversammlung in Prinz Karl eine Resolution einstimmig annahm, welche sich abfällig über die Qualifikation des Herrn Ober-Polizei-Inspektors Weydemann aussprach — es handelte sich damals um gewisse Behauptungen und Ausdrücke, die Herr Weydemann in Gerichtsverhandlungen über unser Volksblatt und seine Redakteure gebraucht hatte — da wurde dem Vorsitzenden jener Versammlung, dem Genossen Böttcher, der Prozeß gemacht und sowohl er wie Genosse Brandt, unter dessen Verantwortung die Resolution im Volksblatte abgedruckt worden war, zu mehrmonatlichem Gefängnis verurteilt. Wir fragen aber heute wieder, was die breite Bürgerschaft davon denken soll, wenn Herr Ober-Polizei-Inspektor Weydemann als Amtsanwalt Berufung gegen eine gerichtliche Freisprechung einlegt und ihm vom Landgericht gesagt werden muß, daß seine Polizeiverfügung überhaupt nicht rechtsgiltig ist. Man klagt so viel über die Abnahme des Vertrauens seitens der Bevölkerung zu den Maßnahmen der Polizeibehörde und zu dieser selbst. Man ist auch gern geneigt, dieses Schwinden an Vertrauen auf „Hetzereien" und sonstige nur in der Einbildung bestehende Ursachen zurückzuführen. Die wahre Ursache dieser der Polizei natürlich sehr unangenehmen Erscheinung liegt aber ganz wo anders. Das möchte an maßgebender Stelle gefälligst ad notam genommen werden, und man mag vermeiden, in das Weite zu schweifen, wo das Gute so nahe liegt.

* **Der neueste nationale Festtag.** Gestern waren die öffentlichen Gebäude geflaggt. Selbst genaue Kenner sämtlicher fürstlichen Geburts- und Gedenktage wußten den Anlaß zu dieser hochwichtigen Feier nicht zu enträtseln. Endlich kam das Freudige an den Tag: Der älteste Sohn des Königs von Preußen war netto fünfzehn Jahre alt geworden; deshalb wurde geflaggt. Von einer allgemeinen Illumination war für diesmal noch abgesehen worden. Hurra!

* **Zur Maßregelung der Steinmetzen** bei Schober teilt uns Steinmetz Franz Wengler mit, er habe allerdings in der Gewerkschaftsversammlung für die Maifeier mit gestimmt, doch sei der Antrag mangels Einigkeit unter der Steinmetzen mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden, so daß auch er am 1. Mai gearbeitet habe. Daß die Entlassung erfolgt ist, sei auf das Benehmen der Gemaßregelten bei der Empfangnahme des Lohnes Herrn Schober gegenüber zurück zu führen. Von einer Verhöhnung der Gemaßregelten könne keine Rede sein.

* **Zum Schmiedestreik.** Durch die hiesige bürgerliche Presse wird die Nachricht verbreitet, der Schmiedestreik sei so gut wie beendet, da fast alle Plätze wieder besetzt seien. Das ist Humbug. Mit Mühe und Not sind allerdings 15—18 eben ausgelernte junge Kräfte von auswärts gewonnen worden, namentlich mit Hilfe der Gesinde-Vermieterin Frau **Wanzleben**, Harz 48 wohnhaft, deren Mann jetzt täglich auf dem Bahnhofe steht und Ankommende wegzuhaschen sucht. Aber fast keiner der Neueingestellten entspricht den Anforderungen. So hat Schmiedemeister Hahn, Ankerstraße, statt der früheren 2 Gehilfen in den letzten Tagen 3 der Neulinge gehabt, und doch suchte er heute einen der Streikenden zu bewegen, bei ihm wieder anzufangen. Jeden Tag kommen Meister nach dem Streikbureau und suchen ihre alten Arbeiter zu bewegen, bei ihnen wieder in Arbeit zu treten, einer der Herren bot sogar 40 Pfennige, also wesentlich mehr als verlangt wird. Da aber die Streikenden sich gelobt haben, nur durch ihre Kommission mit der Gesamtheit der Meisterschaft verhandeln zu lassen, so müssen die Herren Meister ihre Energie schon nach anderer Richtung hin bethätigen, wenn sie ihre alten tüchtigen Gehilfen wieder haben wollen. Sie werden sich sogar sehr beschleunigen müssen, wenn sie nicht das Nachsehen haben wollen. Sonnabend abend ist nämlich öffentliche Schmiedeversammlung bei Faulmanns und wahrscheinlich treten schon am Montag fast alle alten Gesellen auswärts in Arbeit, da über 20 sehr günstige Angebote von auswärts vorliegen.

* **Zur Aussperrung der Tischler.** Ausgesperrt sind noch 52 Mann, meist Verheiratete. Die Innungsmeister sind von den Beschlüssen der Gehilfenversammlung am Mittwoch in Kenntnis gesetzt worden; sie werden am heutigen Freitag Stellung zu denselben nehmen. Nur ein „Arbeitswilliger," der den Tischlern wenig rühmlich bekannte Wald hat bei Hauptmann die Arbeit aufgenommen. Die Erbitterung der Tischler ist täglich im Steigen begriffen, und immer schwerer wird es denen, die zur Mäßigung raten, mit ihrer Ansicht durchzudringen. Die zur Zeit noch arbeitenden Gehilfen haben dem am Mittwoch gefaßten Beschluß gemäß bei der morgenden Lohnzahlung die Sammlung für die Ausgesperrten derart vorzunehmen, daß die Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970508-12/fragment/page=0002
DFG

heirateten 50 Pf., die Ledigen 75 Pf. steuern. Die Einwilligung des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes für den Eintritt in einen event. größeren Streik soll dem Vernehmen nach bereits eingetroffen sein. Damit wäre die finanzielle Unterstützung der Streikenden, so lange der Ausstand auch dauern und so weiten Umfang er auch annehmen möge gesichert.

* **Vergebene Liebesmühe.** Herr Möbelfabrikant Hauptmann läßt durch Agenten in Waldheim in Sachsen Kräfte anwerben. Es gereicht ihm hoffentlich zur Ernüchterung, wenn ihm mitgeteilt wird, daß in allen heute nachmittag erscheinenden Parteiblättern, welche in Waldheim und fünf Meilen Umkreis gelesen werden, bereits veröffentlicht wird, wie die Sache bei Hauptmann liegt.

* **Unbegründet** soll die Mitteilung sein, daß der auf Montage in Friedrichsthal weilende Schlosser Nordmann von einem eisernen Träger erschlagen und einer seiner Kollegen schwer verletzt worden sei. Das Gerücht ist in der Hall. Maschinenfabrik durch den Schlosser L. Dietzmann verbreitet worden.

* **Berichtigend** teilt der Maschinist R. Schütz, der am Dienstag in der Hauptmannschen Möbelfabrik vorübergehend den Heizerposten versehen hat, uns mit, daß an der Maschine durch seine Thätigkeit absolut kein Schaden vorgekommen sei; wohl aber sei im Maschinensaal an der Transmissionswelle der Keil in der Kuppelung locker geworden, so daß sich die Transmission um 5 Zentimeter auseinander gab, wodurch eine Betriebsstörung hervorgerufen wurde.

* **Raummangels** halber mußte das Feuilleton für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

* **Versammlungen.** Am Sonnabend die Zimmerer bei Faulmann, die Kesselschmiede bei Mittag die Klempner im Vereinslokal, die Schmiede bei Faulmann, die Holzarbeiter bei Zahn, der Allgem. Arbeiterverein im Händelpark die Former bei Hinze, der Naturheilverein Giebichenstein in „Wilhelmshöhe". — **Weißenfels:** Schuhmacher-Versammlung. — Sonntag in **Luckenau** Bergarbeiter-Versammlung. — Montag: der Metallarbeiter Verband im Vereinslokal. — **Zeitz:** Arbeiterbildungs-Verein am Montag im „Felsenkeller".

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Im Thaliatheater findet am heutigen Freitag abend eine einmalige Wiederholung des launigen Schwanks „Großstädtisch" von Dr. J. B. v. Schweitzer statt. — Der Sonnabend bringt eine zweite Aufführung des Lustspiels „Haus Lonei" von Ad. l'Arronge, welches gestern eine äußerst beifällige Aufnahme fand. — Für Sonntag wird Blumenthal u. Kadelburgs toller Schwank „Die Orientreise" neu einstudiert.

* **Hoher Besuch im Walhallatheater.** Vom heutigen Freitag an wird der ohnehin schon sehr interessante Spielplan des Walhallatheaters durch eine der größten Sehenswürdigkeiten der Jetztzeit bereichert. Es ist dies ein Amerikaner, Mr. Lewis Wilkins, welcher der größte Mensch der Welt und ein wahres Natur-Phänomen zu nennen ist. Mr. Wilkins, auf einer Farm bei St. Paul, Minnesota, Nordamerika, geboren, ist jetzt 23 Jahre alt und hat die enorme Höhe von 2,47 Meter erreicht. Dabei ist dieser Riese ganz und gar proportioniert gebaut und nicht wie sonst die Riesen lang und schmal. Sein Brustumfang beträgt 1,63 Meter, seine Stiefelnummer ist 62, seine Handschuhnummer 14, die Hutweite 72 Zentimeter, sein Körpergewicht 389 Pfd. Derselbe wurde von den berühmtesten Professoren Europas wissenschaftlich untersucht und es ist konstatiert, daß Mr. Wilkins nicht nur der einzige proportionierte und körperlich vollständig gesunde Riese, sondern auch der größte Mensch des 19. Jahrhunderts ist. Geistig ist er ebenfalls normal und hat sich sogar eine nicht unbedeutende wissenschaftliche Bildung angeeignet. Kein Wunder, daß Mr. Wilkins sowohl in Amerika als auch in Europa das größte Aufsehen erregt, denn er ist ohne Zweifel der Riese der Riesen.

* **Glück auf!** Im Bergmannstrost fanden Aufnahme der Grubenarbeiter Oskar Pflüg aus Melzow, der auf Grube Klara einen Bruch der Kniescheibe erlitt, ferner der Grubenarbeiter Karl Dumker aus Schenkendorf, der auf Grube Zentrum bei Königswusterhausen unter eine Lowry geriet, die ihm das linke Schienbein schwer verletzte, ferner der Arbeiter Oskar Franke aus Wethau der vom einstürzenden Dache eines Lagerschuppens an Brust, Schultern und Kopf bedenklich verwundet wurde.

Trotha. Die Mitte April aus der Saale gezogene männliche Leiche ist als die des Berginvaliden Lüdicke aus Voigtstedt ermittelt worden. Der Unglückliche ist aus Furcht vor einer Operation, der er in Halle unterzogen werden sollte, ins Wasser gegangen.

Zeitz. In nächster Woche soll der vor längerer Zeit von der Stadtverordnetenversammlung bestimmte dritte Wochenmarkt seinen Anfang nehmen. Derselbe wird am Montag, den 10. Mai, im Brühl abgehalten.

Zeitz. Die Angst vor einer „Höllenmaschine" hat auch hier ihre Blüten getrieben. In dem Flur eines Hauses wurde ein Paket gefunden, aus dem ängstliche Gemüter sofort eine „Höllenmaschine" fabrizierten. Uns wird erzählt, daß nun die Behörde benachrichtigt wurde und das sich dann nach näherer Besichtigung herausstellte, daß das Paket — einige Hefte eines Romans enthielt, die von einem Kolporteur einstweilen in die Ecke gestellt waren. Diese unschuldigen Schriften kommen dadurch in den Verdacht „Sprengmittel" zu sein.

Kleine Provinzial-Chronik. In Flinsberg wurde ein fünfjähriger Knabe von umfallendem Bauholze erschlagen. — Erhängt hat sich in Eberswalde bei Freyburg der 45jährige Arbeiter Karl Gronert, der bei der Witwe Hartung in Dienst stand. — Bei Gommern sind auf dem Galgenfelde Urnen mit Schmuckgegenständen gefunden worden, deren Alter auf mehr als 2000 Jahre geschätzt wird. — Das 19jährige Dienstmädchen Auguste Dietrich aus Göllingen hat sich in der Wipper ertränkt. Ueber die Ursache, welche das blühende Mädchen in den Tod getrieben hat, kursieren seltsame Gerüchte. — In Teuchern sind die Pferde des Fuhrwerksbesitzers Hase von der Rotzkrankheit befallen worden. — Bei der Pferdemusterung wurde in Weißenfels einem Gutsbesitzer aus Obschütz durch einen Hufschlag ein Arm gebrochen und ihm die Seite verletzt. — Zwischen Schkeuditz und Alt-Scherbitz sind Obstbäume am Chausseerande von Bubenhand angeschnitten worden.

Briefkasten der Redaktion

Schkeuditz. Es wird zwar kaum nötig sein, aber es wird besorgt werden.

Briefkasten der Expedition.

Steinbach wohnt nicht Bahnhofstraße 9, kann mithin auch nicht besorgt werden.

Für die Redaktion verantwortlich **Ad. Thiele** in Halle.

Gardinen

Portieren,
Teppiche,
Möbelstoffe,
Tischdecken etc.
in anerkannt grösster Auswahl und
zu billigsten Preisen.

Geschäftshaus
J. LEWIN
Halle a. S. Marktplatz 2 u. 3.

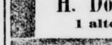
Die grösste Auswahl
in
Knabengarderobe
vom einfachsten bis zum **feinsten** **Genre** zu billigsten Preisen
empfiehlt
Paul Landgraf
3 Rannischestrasse 3.
Kittel-Anzüge,
Schul-Anzüge,
Wasch-Anzüge, Blusen-Anzüge, Sammt-Anzüge.
Leibchen-Hosen
in **Waschstoff, Wolle und Sammt.**

Moritz Rosenthal
Leipzigerstr. 17. Leipzigerstr. 17.
Großes Lager selbstgefertigter
Herren- u. Knaben-Garderoben
zu anerkannt billigsten, festen Preisen.
Preise ohne Konkurrenz am Platze.
Arbeiter-Garderobe
zu billigen Preisen.
Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt.

Sonnabend
Schlachtefest.
Fr. Peters,
Blumenthalstr. 27

Prima Harz-Käse.
3 Stück 10 Pf. 7 Stück 20 Pf.
100—1?5 Stück 2.40 M.
Limburger-Käse p. Pfund 30, 40, 50 Pf.
Schweizer-Käse p. Pfund 70 Pf. bei 10 Pfd. 68 Pf.
Wiederverkäufern Engros-Preise.
National-Butter-Halle,
Fritz Raue,
Geiststrasse 33, Ecke Harz,
Martinstrasse 26.

Speck
p. Pfd. 55 Pf.
Schweine-Schmalz
p. Pfd. 35 Pf.
H. Dobberstein,
1 alter Markt 1.

Hermann Budes Restaurant.

Sonnabend
Schlachtefest.

Gut und billig!
Empfehle in größter Auswahl zu enorm billigen Preisen:
Eleg. Jackett-Anzüge in hellen sowie dunklen Mustern von Mark **8** an.
Eleg. Jackett-Anzüge in Kammgarn und Cheviot, blau, braun, schwarz von Mk. **11** an.
Eleg. Rock-Anzüge in Diagonal, Kammgarn Cheviot, gute Qualitäten, von Mk **16** an.
Eleg. Hosen in Buckskin, Kammgarn Cheviot u sehr schönen Mustern von Mk. **2.50** an.
Eleg. Burschen- u. Knaben-Anzüge in allen Stoffen u Facons v. Mk. **2** an.
Einzelne Jacketts u. Westen auffallend billig.
Arbeits-Garderoben.
Lederhosen in allen Farben von 1.50 an. **Gestreifte Lederhosen** von 3.— an. **Drei Draht-Lederhosen** von 4.50 an. **Zwirn- und Kassinet-Hosen** von 1.25 an. **Moleskin und Satin Hosen** von 1.25 an. **Manchester-Hosen** von 3.50 an. **Arbeits-Jacketts** von 2.50 an. **Leichte Sommer-Joppen** von 1.— an. **Drell Jacken, Leinen-Jacken** von 1.50 an. **Westen, Leibchen, Blusen** von 1.— an. **Flanell Jacken, Callmuc-Jacken** von 3.— an. **Monteur Anzüge** von 3 Mk. an. 2c. 2c. 2c.
Marktplatz. **Gustav Reinsch.** Marktplatz.
Im roten Turm. Im roten Turm. Im roten Turm.
Gegenüber der Hirsch-Apotheke.

Thalia-Theater
Sonnabend: Anfang 8 Uhr.
Haus Lonei.
Lustspiel in 4 Akten v. A. l'Arronge.
Sonntag: Anfang 8 Uhr.
Die Orient-Reise.

Walhalla-Theater.
Direktion Rich. Hubert.
Gänzlich neuer Spielplan!
Der Riese **Lewis Wilkins.** Größte Sehenswürdigkeit der Jetztzeit.) — Mr. **Oskar Meßter** mit seinen sensationellen „lebenden Photographien". (Die Berliner Zitronen-Feuer.) — Die beiden Schwestern **Andersen,** Bravour-Antipodenspielerinnen. — Die **Raders-Truppe,** fer bös-exzentrische Bravour Rollschuhläufer. — Herr **Heinrich Blank,** Bauchredner mit seinem automatischen Figuren Kabinett. Herr **Paul Schodow,** Kostüm-Sänger. — Fräulein **Martha Uhlmann,** Lieder- und Walzersängerin — Herr **Paul Jülich,** Original-Gesangs-Humorist.

Ernst Schröders Restaurant
genannt
Feuchte Ecke,
gr. Steinstr. 67, Ecke Schimmelstr.
Sonnabend d. 8. Mai

großes
Schlachte-Fest.
Wurst auch außer dem Hause.
Nur hierdurch ladet ergebenst ein
D. O.

Burg Liebenau, Liebenauerstraße 15.
Heute Sonnabend
Familien-Abend,
wozu freundlichst einladet
G. Voit.

Sonnabend
Schlachte-Fest.
H. Lerch,
Meckelstraße 3.

Sonnabend **Schlachtefest**
Albert Worms, Zeitz. Schlagbück 1.

Plissé wird täglich gebrannt bei
A. Nölte, Beesenerstr. 2.

Gänsefedern,
gerissen, à Pfd. 1.30 1.80 2, 2.50 ℳ
schneeweiß à Pfd. 3, 3.50, 4 4.50 ℳ
Gänsedaunen,
weiß und großflockig, à Pfd. 3.50, 4 bis 7 ℳ
Halbdaunen und Daunen
von großart. Füllkraft, à Pfd 1.20 1.50, 2, 2.60 und prima 3 ℳ Von den letzten zwei Sorten genügen 5 Pfund zu breitem Deckbett.
Fertige Betten,
mit weichen Halbdaunen gefüllt, à Gebett 16.20 ℳ, sehr breit 22 ℳ
Rote Betten,
24, 28 u. 34 ℳ m. starkem Köperinlet
Herrschafts-Betten!
40, 45 u. 50 ℳ mit Daunenfüllung.
Inlets, Betttücher, Bezüge, Strohsäcke,
in allen Preisen.
Versand n. ausw. Umtausch gestatt.
Hermann Balsam,
Leipzigerstraße 11,
Spezial-Bettfedernhandlung.

Ueber Nacht
trocknet die Fußboden Farbe à Pfund 50 Pf., allein zu haben jetzt **gr. Ulrichstr. 2,** am Kleinschmieden **F. A Patz**

Kinderwagen
Reisekörbe
empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen
W. Leopold,
Mauerstraße 13
neben der kath. Kirche.

Strohhüte-
Ausverkauf, Oleariusstr. 13.
Herren-Strohhüte v. 40 Pf. an.
Kinder-Strohhüte v. 30 Pf. an.
Damen-Hutfacons v. 25 Pf. an.
Nur kurze Zeit! Enorm billig!

Achtung!
Diese Woche wieder **hochfeines Roßfleisch, Lende, Sauer raten, Röstwürstchen, Knack u Schlackwurst** u. Saucischen, alles großartig bei
K. Matthias Roßschlächterei, Reilstr. 26.

ff. Harzer Kümmel-Käse.
à Postkolli 95 100 St. ℳ 3,50 franko.
2 „ ca. 200 St. ℳ 6,75 „
versendet gegen Nachnahme
Albert Schomburg, Stiege i. Harz.

Alle Sorten Tinten.
Briefmappen.
Federn.
Bleistifte.
Wieder-Verkäufern höchsten Rabatt.
Volksbuchhandlung,
Bölbergasse 1.

Zwei neue Bettstellen mit Matratzen u. eine desgl. gebrauchte m. Matratze bill. zu verkaufen Fritz Reuterstraße 10.

Einen gut erhaltenen Kinderwagen verkauft Schleifweg 6, p.

1 Sofa 1 gebrauchte gute Bettstelle mit Matratze, 2 Tische, 4 Stühle wegen Wegzug billig zu verkaufen **neue Promenade 10, I.**

Tüchtige **Näherin** auf Herrenarbeit gesucht Hackebornstraße 4, IV.

Anständige Schlafstelle mit Kost offen Advokatenstraße 7, I.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970508-12/fragment/page=0003

Sämtliche Schneider-Bedarfsartikel in **nur guten Qualitäten** empfiehlt zu billigsten Preisen **Wilhelm Nellen** Olearius strasse 5. I.

Gr. öffentl. Schmiedeversammlung

Sonnabend den 8. Mai abends 7½ Uhr in Faulmanns Saal.
Tagesordnung: Der gegenwärtige Streik der Meistergesellen.
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**
Nachdem: **Mitgliederversammlung.**

Klempner!

Sonnabend den 8. Mai abends 9½ Uhr
öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Wie stellen sich die Klempner zum bevorstehenden Kongreß der lokalorganisierten Gewerkschaften.
Dem Erscheinen aller Kollegen sieht entgegen. **Der Einberufer.**

Schlosser und Dreher.

Sonnabend den 8. Mai im Restaurant zum Händelpark, Nikolaistr.
öffentliche Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag von **Manfred Wittich** über: „Deutschtum und Duelle." Diskussion. 2. Abrechnung vom Vergnügen. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

Holzarbeiterverband.

Sonnabend den 8. Mai in Zahns Restaurant, Martinsberg Nr. 6,
Hauptversammlung.
Tagesordnung: Vortrag und Abrechnung.
Der Vorstand.

Achtung! Kesselschmiede. Achtung!

Sonnabend den 8. Mai abends 8½ Uhr in Mittags Restaurant, Albrechtstraße,
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
Pflicht eines jeden Kesselschmieds und Hilfsarbeiters ist, daß er sich organisiert. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Montag den 10 Mai
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der Generalversammlung. Referent: Kollege **Schneckenburger.** 2. Bericht der Revisions-Kommission.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Sektion der Former und Hilfsarbeiter.

Sonnabend den 8. Mai abends 8½ Uhr im Lokale gr. Ulrichstr. 50
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung in Braunschweig. Referent: Genosse Schneckenburger. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen bittet
Die Ortsverwaltung.

Klempner!

Sonnabend den 8. Mai abends 8½ Uhr
außerordentl. Mitgliederversammlung
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Fachverein der Zimmerer

von Halle und Umgegend.
Sonnabend den 8. Mai abends 8½ Uhr in Faulmanns Restaurant
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Der Kampf ums tägliche Brot." Referent: Stadtverordneter Genosse **K. Krüger.** 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1897. 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Allgemeiner Arbeiter-Verein von Halle und Umgegend.

Sonnabend den 8. Mai abends 9 Uhr im „Händelpark", Nikolaistraße 6.
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Fragekasten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Naturheilverein von Giebichenstein u. Umg.

Sonnabend, den 8. April abends präzis 8½ Uhr
Versammlung
im Restaurant zur Wilhelmshöhe in Giebichenstein.
Tagesordnung: 1. Umfrage. 2. Fortsetzung des Vortrages über die Entstehung unserer Erde. Referent: Herr Weißmann. 3. Verschiedenes.
Gäste und Interessenten sind sehr willkommen. **Der Vorstand.**

Achtung! Former und Hilfsarbeiter.

Zur vorläufigen Kenntnis!
Unser Former-Ball
findet **Sonnabend den 15. Mai abends von 8 Uhr an im Saale des „Neuen Theater", r. Ulrichstraße,** statt.
Alle Kollegen und Hilfsarbeiter werden gebeten, sich hieran zu beteiligen.
Das Komitee.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischlern. anderer gewerbl. Arbeiter.
Sitz **Hamburg.** Filiale **Zeitz.**
Sonnabend den 8. Mai
Mitglieder-Versammlung
im Franziskanerkeller.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1897 2. Geschäftliches.
Die Ortsverwaltung.

C. Hammer, Uhrmacher, Leipzigerstraße 42.

Taschenuhren, Nickel, 5, 6, 8 und 10 Mark.
Zylinder Remontoir Goldrand 10, 12 14 und 16 Mark
Regulateure, 14 Tage gehend, 12 14, 16 u 18 M.
Wecker 2.50 Mark.
Reelle Garantie.
Versand gegen Nachnahme.

Räumungs-Verkauf

wegen Umzug nach meinem neuen
Geschäftshause.
Erstaunlich billige Preise bedeutend unter wirklichem Wert.
Schuh-Waren.

Damen-Zug Schuhe	v. 1.25	ℳ an.
„ Segeltuchschuhe	„ 1.75	„ „
„ Lederschuhe geb.	„ 2.50	„ „
„ Lederhausschuh	„ 2.00	„ „
Herren Stiefeletten	„ 4.50	„ „
„ Halbschuhe	„ 4.00	„ „
„ Stiefeln	„ 5.40	„ „
„ Schnürschuhe	„ 5.00	„ „
„ Stiefletten geb.	„ 6.00	„ „
„ Segeltuchschuhe	„ 1.75	„ „
Kinder Knopfstiefel	„ 2.25	„ „
„ Schnürschuhe	„ 2.50	„ „
in geb. braun und schwarz,		
Kinder Halbschuhe	v. 1.50	ℳ an.
„ Segeltuchschuh	„ 1.25	„ „
„ Ohrenschuhe	„ 1.00	„ „
Erstlings-Schuhe	„ 0.45	„ „
Leder- u. Kord-Pantoffeln		

Leiste Garantie für gutes Tragen und Halten.

Räumungs-Verkauf.

H. Elkan,

Warenhaus
Leipzigerstrasse 89.

Weissenfels.

Sonnabend, den 8. Mai abends 8½ Uhr
in der Zentralhalle
Oeffentl. Metallarbeiter-Versammlung
Tagesordnung: Die Lage der Metallarbeiter. Ref. Kollege Leber-Jena.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Weissenfels. Weissenfels.

Verein deutscher Schuhmacher.
Sonnabend, den 8. Mai in der Zentralhalle
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1 Quartal. — 2. Wie stellen wir uns zu den Sammellisten für den Unterstützungsfonds.

Luckenau.

Verband deutscher Bergleute.
Sonntag den 9. Mai nachmittags 3 Uhr im Bablat'schen Lokal
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Mitgliederaufnahme. 2. Bericht über die Generalversammlung und den Bergmannskongreß in Helmstedt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Arbeiter-Bildungs-Verein für Zeitz und Umgeg.
Montag den 10. Mai abends 8½ Uhr im „Felsenkeller"
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz. Referent: Genosse Wilke. 2. Fragekasten, Diskussion und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Alten pikanten
Limburger
1½—1¾ Pfd. schwer, Stück 50 Pf.
Feinste Tafelbutter
täglich frisch eintreffend, empfiehlt
E. Hugo Klose
Markt 22. Geiststraße 65.

Dauerhafte Schuhwaren.
Größte Auswahl. Billige Preise.
A. Wetterling, Schmeerstr. 26.

Kaufhaus
Germania
Inh. Carl Lewin.
I Treppe. Leipzigerstr. 5. I Treppe
Special-Geschäft für
Herren- u. Knaben-Garderobe.

Dieser Anzug kostet
in Buckskin und Cheviot, hell und dunkel, gute Verarbeitung, Mk. **14.50,**
in Cheviot, Diagonal und Kammgarn, hell und dunkel, elegante Verarbeitung, Mk. **18.50.**

Milchhalle, Weißenfels, Marienstr.
empf. Kösener Molkerei-Butter 60 Pf.
Freiburger „ 65 „
Landbutter „ 55—58 „
Magermilch per Liter 7 Pf.
Süße und saure Sahne p. Ltr. 80 Pf.
Eier und Landkäse stets frisch.
Fischerplatz 5
Weizenhülsen u. Schlempe zu hab.

Bringe meinen werten Genossen meinen **Barbier- und Frisier-Salon** in empfehlende Erinnerung.
Rasieren 10 Pf. Haarschneiden 20 Pf.
Robert Kretzschmar.
Weißenfels, am Bache 21.

Sonnabend
Schlachte-Fest.
Fr. Hesselbarth,
Thomasiusstr. 42.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970508-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 106. Halle a. S., Sonnabend den 8. Mai 1897. 8. Jahrg.

Die deutschen Arbeitslosenzählungen im Jahre 1895 und ihre Ergebnisse.

Wesentlich der lebhaften Agitation der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist es bekanntlich zuzuschreiben, daß die Reichsregierung sich zur Vornahme von zwei Arbeitslosenzählungen veranlaßt sah, die gelegentlich der Berufs- und Volkszählung im Juni resp. Dezember 1895 durchgeführt wurden. Das kaiserliche statistische Amt hat kürzlich die Ergebnisse dieser beiden Arbeitslosenaufnahmen mit einer Einleitung publiziert, und auf Grundlage dieser Veröffentlichungen hat Prof. G. Schanz (Würzburg) die Hauptergebnisse in einer längeren Abhandlung in der Märznummer des „Archivs für Sozialgesetzgebung und Statistik" behandelt. Angesichts des großen Interesses, welches von der Arbeiterschaft mit Recht dieser Frage entgegengebracht wird, wird es sich gewiß verlohnen, nochmals einiger Hauptergebnisse dieser Aufnahmen zu gedenken.

Vor allem handelt es sich darum, festzustellen, inwieweit die Aufnahmen brauchbar erscheinen, d. h. ob die Ergebnisse dazu geeignet sind, brauchbares Material für sozialpolitische Gesetzgebungsakte: Organisation der Arbeitslosenversicherung, des zentralisierten Arbeitsnachweises ꝛc. zu liefern. In dieser Hinsicht hat man bekanntlich von keiner sachkundigen Seite erwartet, daß die erstmaligen Zählungen der Arbeitslosen durchaus zuverlässige Resultate liefern werden. Man neigte aber zur Ansicht, daß die Schwerfälligkeit und Ungenauigkeit der Fragestellung dazu führen werden, daß man wertloses Material erhalte. Diese letztere Befürchtung hat sich nunmehr als völlig unbegründet erwiesen. Die Aufnahme — mögen ihre Mängel in mancher Hinsicht noch so groß sein — hat nämlich gezeigt, daß trotz des relativ ausgezeichneten Geschäftsganges die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1895 eine sehr große war. Damit war aber die Wahrheit der Behauptungen der Vertreter der Arbeiterschaft und die Unwahrhaftigkeit der Vertreter des Unternehmertums erwiesen, welche letzteren bekanntlich das Vorhandensein großer Arbeitslosigkeit überhaupt leugneten und die Arbeitslosen als arbeitscheue Individuen verschrieen haben. Allein dieser Umstand genügt schon, um die Ergebnisse mit Recht als sehr wertvoll zu nennen. Die Bedeutung der zuletzt erwähnten Thatsache tritt aber noch klarer hervor, wenn man erwähnt, daß der Lohnausfall, der für die deutsche Arbeiterschaft durch die Arbeitslosigkeit trotz des guten Geschäftsganges im Jahre 1895 entstand, von Schanz auf zirka **165** Millionen geschätzt wird.[1]) Mag das Unternehmertum sich noch so viel dagegen wehren, es wird kaum im stande sein, auf die Dauer die Vornahme radikaler Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Volkskalamität zu hintertreiben.

Und nun zu den Hauptergebnissen der beiden Zählungen, wie sie in der genannten Arbeit Schanz's dargestellt sind.

Nach seinen Angaben waren arbeitslos im eigentlichen Sinn, also Kranke ausgeschlossen:

	am 14. Juni	am 2. Dezember
seit 1 Tag	2 104	15 791
„ 2 bis 7 Tagen	17 471	70 589
„ 8 „ 14 „	39 659	155 296
„ 15 „ 28 „	19 782	98 180
„ 29 „ 90 „	39 398	132 810
„ 91 bis mehr „	25 256	39 051
unbekannt	35 334	42 013
	179 004	553 640

Bedenkt man, was für eine Unmenge von Entbehrungen schon eine nur wenige Wochen dauernde Arbeitslosigkeit für einen zur Existenz auf seinen täglichen Arbeitsverdienst angewiesenen Arbeiter bedeutet, so wird man sich leicht die verzweifelte Lage der ca. 66 000 resp. 173 000 Personen vorstellen können, die nach Angaben der amtlichen Statistik im Juni resp. Dezember des Jahres 1895 arbeitslos waren. Bei Berücksichtigung des Umstandes, daß ein großer Teil der Personen, bei denen die Arbeitslosigkeit unermittelt blieb, zweifelsohne zu dieser Kategorie gehörten, müssen die angeführten Zahlen eine noch größere Bedeutung gewinnen und dies um so mehr, als bei der Zählung Tausende und Abertausende aus falschem Schamgefühl, aus Furcht eventuell abgeschoben zu werden und dergleichen mehr den Eintrag über die Arbeitslosigkeit überhaupt unterließen.

Die beiden deutschen Arbeitslosenzählungen haben ferner einen neuen Beweis dafür geliefert, daß die Arbeitslosigkeit besonders akut in den Großstädten auftritt. Die Gegenüberstellung der prozentuellen Verteilung der Einwohner und der Beschäftigungslosen zeigt nämlich, daß relativ die Arbeitslosen in den Großstädten und zum Teil auch in den Mittelstädten besonders im Sommer viel stärker vertreten sind, als auf dem platten Land. Es trafen nämlich:

	Auf 1000 Einwohner in nebenstehenden Ortskategorien Arbeitslose 14. Juni	2. Dez.	Auf 1000 Arbeitnehmer[2]) in nebenstehenden Ortskategorien Arbeitslose 14. Juni	2. Dez.
Großstädte (100 000 Einwohner und darüber)	11,2	16,9	33,8	50,0
Gemeinden mit 10 000 bis 100 000 Einwohner	4,5	10,7	7,6[3])	33,2[3])
Gemeinden unter 10 000 Einwohner	1,7	9,6		

Unter 1000 Einwohnern waren also im Jahre 1895, wenn man die Zahlen abrundet, in den Großstädten im Sommer 11, im Winter 17, in den mittleren Stadtgemeinden im Sommer 4, im Winter 11, und in den kleinen Gemeinden im Sommer 2, im Winter 10 arbeitslos gewesen. Vergleicht man nur die Arbeitnehmer mit den Arbeitslosen,[4]) so waren in den Großstädten unter 1000 Arbeitnehmern im Sommer 34, im Winter 50, in den übrigen Orten 8 bezw. 33 arbeitslos.

Ein nicht weniger trauriges Bild bieten die Zahlen hinsichtlich des Zivilstandes der Arbeitslosen. Von der Gesamtzahl waren nämlich:

	14. Juni		2. Dezember	
ledig	177 781	= 59 39 Proz.	399 177	= 51.77 Proz.
verheiratet	99 810[5])	= 33 34 „	306 594[4])	= 35,77 „
verwitwet oder geschieden	21 761	= 7 21 „	65 234	= 8,46 „
	299 352	100,00	771 005	100,00

Ein starkes Drittel war demnach verheiratet, so daß die Arbeitslosigkeit Entbehrungen nicht nur ihnen persönlich, sondern auch den Angehörigen auferlegte.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir hier auch nur den interessantesten Teil der übrigen Ergebnisse der deutschen Arbeitslosenzählungen wiedergeben. Auch die obigen Thatsachen genügen ja, um sich eine Vorstellung von der traurigen Lage des großen Teiles der Arbeitslosen zu bilden. Wir schließen daher mit der Ausführung des interessanten Geständnisses, das Prof. Schanz macht, daß nämlich die reichsstatistische Erhebung gezeigt hat, daß die sozialdemokratischen Erhebungen im Jahre 1892/93 besser gewesen zu sein scheinen als ihr Ruf, wenigstens insofern, als keineswegs die gewerkschaftlichen Ziffern in allen Fällen übertrieben groß ausgefallen sind. Bedenkt man, daß der Winter 1892/93 in die Zeit eines wirtschaftlichen Niederganges fiel, so wird die Unverschämtheit der Unternehmerorgane, die das Vorhandensein eines Notstandes leugneten und die Arbeitslosen als arbeitsscheue Individuen verschrieen haben, durch diese Aeußerung Schanz's zur Genüge gekennzeichnet.

[1]) Schanz nimmt als Durchschnittslohn pro Tag und Person 1.50 M. an — ein gewiß sehr mäßiger Ansatz.

[2]) Bei den Arbeitnehmern sind die im Staats-, Gemeinde-, Kirchendienst und freien Berufsarten Beschäftigten nicht einbezogen, wohl aber bei den Arbeitslosen. Die angegebenen Verhältniszahlen sind deshalb etwas zu hoch gegriffen.

[3]) Die reichsstatistische Publikation enthält eine Angabe über die Arbeitnehmer nur der 28 Großstädte. Die Ausscheidung der 2 letzten Ortsgruppen war daher nicht durchführbar.

[4]) Leider sind die wegen vorübergehender Krankheit Arbeitslosen hier nicht ausgeschieden worden.

[5]) Darunter 8422 Frauen.

[6]) Darunter 40 238 Frauen.

Tagesgeschichte.

Der sozialdemokratische Privatdozent. Der Kultusminister hat am Montag in einer Rede im Abgeordneten haus erklärt, die philosophische Fakultät in Berlin habe unserem Genossen, den Privatdozenten Arons, den Rat erteilt, sich der sozialdemokratischen Agitation zu enthalten; Arons sei seit dieser Verwarnung in keiner Weise mehr agitatorisch hervorgetreten. Aus dem stenographischen Bericht über die Ministerrede im Reichs-Anzeiger geht nun hervor, daß Herr Bosse sich bezüglich des Inhalts der Verwarnung im Mißverständnis befindet; es geht aus dem Wortlaut der Sätze der Verwarnung, welche der Minister verlas, hervor, daß die philosophische Fakultät aus der sozialdemokratischen Agitation zu sich keinen Anlaß zum Einschreiten herleitete, sondern, sich an einige wohl polizeilicherseits gemeldete Redewendungen klammernd, die Verwarnung erteilte, vermutlich nur, um dem Andrängen des Ministers gegenüber wenigstens nicht völlig unnachgiebig zu sein.

Genosse Arons hat sich als richtiger Sozialdemokrat natürlich keinen Augenblick von der Erfüllung seiner Partei pflichten zurückhalten lassen. So war er im Herbst 1895 als Delegierter auf dem Parteitage in Breslau, im Herbst 1896 in Gotha; im Anschluß an die Parteitage hielt er Versammlungen in Oberschlesien und Thüringen ab. Am 1. Mai 1896 sprach er als Festredner im zweiten Wahlkreis. Es ist selbstverständlich, daß wir die politischen und Gewerkschaftsversammlungen, in denen er Vorträge gehalten, nicht im Kopfe haben; jedenfalls ist es eine ganze Anzahl, über die das Polizeipräsidium ohne Zweifel Buch geführt hat. Wenn Genosse Arons übrigens speziell im letzten Winter etwas weniger öffentlich aufgetreten ist, so erklärt sich das, wie der Vorwärts schreibt, durch Krankheits und Todesfall in seiner Familie.

Bei der „Taufe" des nach dem verstorbenen Kaiser Wilhelm genannten Schiffes in Stettin hielt eine Stettiner Dame eine „Taufrede", in der es heißt:

„Und ich rufe hinauf
Zum Herrn des Himmels, daß er Dich segne,
Segne im Namen Deiner Kaiser, o Schiff . . ."

Für Theologen von Fach muß dieser Satz einiges Interesse bieten. Bisher entsprach es der theologischen Auffassung von der Erhabenheit Gottes, daß Menschen im Namen Gottes segneten; hier wird umgekehrt Gott ersucht, im Namen von Menschen zu segnen. In Bezug auf die byzantinische Sprachtechnik mag sich in dieser Umkehrung des bisherigen Verhältnisses ein Fortschritt dokumentieren. Vom theologischen Standpunkt aus aber dürfte dieser Fortschritt beanstandet werden. — „Oder verkennen wir unsere Theologen?" fügt spitzig die Berl. Volksztg. hinzu.

Ein Prügelfreund. Das Hamburger „Echo" berichtet: Als Anhänger der Prügelstrafe hat sich der hiesige Stadtrat, Polizeichef, Amtsanwalt und Premierlieutenant der Reserve der Artillerie Schow bekannt, indem er einen Postbeamten prügelte. Da jedoch Wandsbeck glücklicherweise nicht in unseren afrikanischen Kolonien liegt, so findet die hiesige Bevölkerung durchaus keinen Geschmack an dem Vorgehen dieses Herrn, der sich nun schon zum zweiten male angemaßt hat, jungen Leuten, welche aus Uebermut eine kleine Uebertretung begangen hatten, eine „Nacherziehung" in Gestalt von einer Tracht Prügel geben zu können. Als selbstverständlich setzen wir voraus, daß die Staatsanwaltschaft, deren Untergebener Herr Schow in seiner Eigenschaft als Amtsanwalt ist, sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Die hiesigen Postbeamten befinden sich begreiflicherweise in großer Aufregung, denn der Stadtrat Schow ließ den grade dienstituenden Postbeamten telephonisch in seine Privatwohnung rufen, um ihn körperlich zu züchtigen. Der Postdirektor Hunold hat als Vorgesetzter des mißhandelten Beamten die Ober-Postdirektion von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Ausland.

Oestreich. Ein Musterbourgeois. Vom Schwurgericht in Graz wurde der Gund- und Realitatenbesitzer Prucher wegen „fahrlässiger" Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er nachts auf drei von seinem Besitztum vorübergehende Fabrikarbeiter schoß, von denen einer an der erhaltenen Schußwunde starb. Er brauchte die Ausrede, daß er sie für Schweinediebe gehalten habe. Charakteristisch für den Verurteilten, der Vorbeter und ein unverfälschter Pfaffenknecht ist, sind mehrere Aeußerungen, die er nach Erhebung der Anklage machte. So erwiderte er einem alten Mann, der ihm sein Bedauern über den vorliegenden Vorfall aussprach: „Es ist nichts dahinter wegen dem Fabriksgesindel; war so nicht mehr wert als zusammenschießen." Bei einem Leichenbegängnis in St. Stefan äußerte er sich: „Meine Säu sind mir lieber als die Fabrikler."

Soziale Uebersicht.

— **Der Schutz der Konfektionsarbeiter** soll nicht auf dem Wege des Gesetzes, sondern der Bundesrats Verordnung herbeigeführt werden. Der Bundesrat hat den Entwurf einer Verordnung wegen Ausdehnung der §§ 135 bis 138, 139 bis 139b der Gewerbe Ordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion an den zuständigen Ausschuß verwiesen. Es wird sich um wirksamen Schutz also nur in minimalem Maße handeln, um die Ausdehnung der §§ 135, 136, 137, 138, 139, 139a, 139b der Gewerbe-Ordnung auf die Werkstätten der Kleider und Wäschekonfektion. Findet diese Verordnung Annahme, so würden Frauen und Kinder in den Konfektionswerkstätten den gleichen Schutz genießen, wie die betreffenden Arbeiterkategorien in den Fabriken, und auch die Fabrikaufsicht würde auf diese Werkstätten ausgedehnt werden. Darin liegt scheinbar ein großer Fortschritt. Aber leider trifft die in Aussicht gestellte Verordnung die Kernpunkte der Frage nicht: Den Schutz der Heimarbeiter, das Verbot des Mitnehmens der Arbeit nach Hause und gesetzliche Bestimmungen über die hygieinische Beschaffenheit der Werkstätten, spezielle Strafbestimmungen gegen Unternehmer, welche die Sittlichkeit der Arbeiterinnen gefährden. Obwohl die Notwendigkeit dazu von keiner Seite mehr geleugnet wird, scheint sich die Reichsregierung doch zu einem energischen Eingriff in die schlimmen Verhältnisse der Konfektionsindustrie nicht entschließen zu können. Der sozialpolitische Eifer ist eben fast vollständig erkaltet und der Geist Stummes schwebt über den Wassern der Sozialpolitik.

— **Die Regierung als Beschützerin des Unternehmertums.** Der Verein deutscher Papierfabrikanten hatte gegen die von verschiedenen Gewerbe-Inspektoren erlassenen Vorschriften über die Einrichtung der Lumpensortierräume in den Papierfabriken und Lumpensortier-Anstalten eine Vorstellung an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe gerichtet und um eventuelle Aufhebung der betreffenden Vorschriften ersucht. Daraufhin ist demselben folgender ministerieller Bescheid geworden: „Auf die Vorstellung erwidere ich, daß die angefochtenen Bestimmungen betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Lumpensortier Anstalten nicht die Bedeutung von Vorschriften haben, die unter allen Umständen von den Unternehmern erfüllt werden müssen. Es handelt sich dabei überhaupt nicht um eine für die Arbeitgeber erlassene „Verordnung", sondern um eine Instruktion für die Gewerbe Aufsichtsbeamter, deren Bestimmungen so weit durchgeführt werden sollen, wie es die in jedem einzelnen Falle in Betracht kommenden und sorgfältig zu prüfenden Verhältnisse erfordern und gestatten. Sollte ihre Anwendung im einzelnen Falle zu Anordnungen führen, durch die sich ein Unternehmer beschwert fühlt, so bleibt diesem unbenommen, auf dem im § 120d Abs. 4 der Gewerbe Ordnung vorgesehenen Wege gegen unbillige und ungerechtfertigte Anforderungen Abhilfe zu schaffen."

Also nur nicht ängstlich, werte Unternehmer! Gegen „unbillige" und „ungerechtfertigte" Anforderungen von Gewerbe-Aufsichtsbeamten giebt es ausreichenden Schutz. Das schlimme ist nur, daß viele Unternehmer alles für „unbillig" und „unberechtigt" halten, was einen Griff in ihren Geldbeutel bedingt. Das Interesse für diesen ist größer als das für das Wohl der Arbeiter.

— **Vom Wirken des Kapitalismus.** In Neurode in Schlesien kamen beim diesjährigen Kreis-Ersatzgeschäft **865** junge Männer zur Vorstellung; davon wurden nur **187** für tauglich erklärt.

— **Zur Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.** Die Badische Brauerei in Mannheim hatte einem ihrer Heizer folgendes Schreiben zugesandt: „Wir haben durch Ihren Bruder mit Bedauern vernommen, daß Sie infolge Erkrankung voraussichtlich 14 Tage lang Ihrem Berufe nicht werden nachgehen können und sehen wir uns daher leider genötigt, das mit Ihnen bestehende Vertragsverhältnis für aufgelöst zu erklären." Der betreffende Heizer ist bereits wieder gesund. Eine darauf abgehaltene Versammlung von Arbeitern der Badischen Brauerei vertrat die Ansicht, es liege hier eine Maßregelung vor; man habe den Heizer nur deshalb aus der Brauerei hinausdrängen wollen, weil er energisch für die Interessen seiner Kollegen eingetreten sei. Die Versammlung beschloß, die sofortige Wiedereinstellung des Heizers zu verlangen und sich für den Fall der Ablehnung dieser Forderung mit dem Arbeiter solidarisch zu erklären.

— **Achtstundentag in Rußland.** Seit zwei Jahren hat die Petroleum-Aktien-Gesellschaft Benkendorf u. Ko. zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970508-12/fragment/page=0005

Baku im Kaukasus, im Zentrum der Petroleumindustrie, für ihre **Heizer** und **Bohrarbeiter** den **Achtstundentag eingeführt**. Bis vor fünf Jahren herrschte auch in diesem Betriebe wie in allen anderen der Petroleumindustrie der Zwölfstundentag, der in die 6stündige Tages- und die 6stündige Nachtschicht zerfiel. Es leuchtet ein, daß diese übermäßige Ausnutzung bei Ausübung so anstrengender Berufe, wie es die der Heizer und Bohrarbeiter sind — letztere sind noch dazu Tag und Nacht allen Unbilden der Witterung ausgesetzt — eine Erschlaffung der Arbeiter zur Folge hat, wodurch wieder jene häufigen Explosionen und Feuersbrünste herbeigeführt werden, die den Geldbeutel der Unternehmer so empfindlich schädigen. Bildet doch die gewissenhafte Pflichterfüllung der Heizer und Bohrarbeiter die Hauptvoraussetzung für regelrechte und gewinnbringende Durchführung des Unternehmens! Vor fünf Jahren führten nun Benkendorf u. Ko. versuchsweise den Zehnstundentag ein. Die Wirkung war eine überraschende: Die Explosionen verminderten sich derartig, daß man vor zwei Jahren den Achtstundentag einführte (Tag und Nacht in drei vierstündigen Schichten geteilt) und schließlich den Arbeitern nach je acht Tagen der Arbeit einen vollständigen Ruhetag eingeräumt hat. Der Unternehmer findet, ohne daß er die Löhne etwa reduzierte, seinen Vorteil durch die Verminderung der Explosionen bei Verkürzung der Arbeitszeit, und so drängte ihn sein eigenstes Interesse auf den Weg der Reform. — Die offiziöse Zeitung für Handel und Industrie äußert sich hierzu folgendermaßen:

„Es wäre wünschenswert, wenn diesem schönen Beispiel der Verbesserungen in allen Unternehmen der Petroleum-Industrie nachgeeifert würde und sich die Unternehmer weniger vor der Arbeitszeitverkürzung, deren Nachteile nur in der Einbildung bestehen, als vor den schädlichen Explosionen, die die lange Arbeitszeit zur Folge hat, fürchten wollten!“

So die russische Offiziöse!

Wie tief stehen die deutschen Offiziösen samt Stumm und Konsorten unter den Russen!

Parteinachrichten.

— Zum **Arnheimer Parteitag** der holländischen Sozialdemokratie wird noch mitgeteilt, daß demselben auch ein evangelischer Geistlicher, einige Lehrer und sogar ein Soldat als Delegierte beiwohnten.

Solch' ein wildes Land!

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 7. Mai 1897.

* **Zu der Thatsache,** daß zur Zeit drei Redakteure unseres Volksblattes im Gefängnis sitzen, bemerkt unser **Harburger Bruderorgan:**

„Trotz aller Verfolgungen, die auf sozialdemokratische Preßsünder herabregnen, kommt eine derartige Anhäufung von parteigenössischen Redakteuren in einem Gefängnis doch ziemlich selten vor. Ein Gegenstück hat der jetzt in Halle zu beobachtende Zustand nach dem Sozialistengesetz unseres Wissens nur noch im Jahre 1893 in der Breslauer Bastille gehabt, wo die Genossen Wendlandt, Thiel, Friedrich und Kunert, sämtlich Redakteure der Breslauer Volkswacht, auf einer Station über die Freuden sozialdemokratischen Zeitungsschreibertums meist sehr lange Betrachtungen anstellen konnten.

Hoffentlich schadet die unfreiwillige Muße unseren Hallenser Kollegen ebensowenig, wie sie seiner Zeit den Breslauern geschadet hat.

Indem wir uns dem letzteren Wunsche anschließen, müssen wir doch zur Steuer der Wahrheit sagen, daß voriges Jahr sogar **vier** Redakteure der Magdeb. Volksst. zu gleicher Zeit die Gefängnisluft zu atmen hatten.

* **Giftnudliges.** Die Hall. Ztg. bringt die Mitteilung, daß in Nordhausen das gesamte Personal der Tabakfabrik von Weichke und Knies wegen Beteiligung an der Maifeier entlassen worden ist, unter der Spitzmarke: **Recht so!** — Ueber die Maifeier wurde nach dem Bericht der Hall. Ztg. in der konservativen Versammlung am Mittwoch „**ein allgemeiner Rückgang** der Beteiligung der Genossen **festgestellt**.“ Ein solches Urteil aus dem Munde eines **Blattes**, das sich nur noch durch die gewagtesten Reklamemittel notdürftig über Wasser halten kann, und aus dem Munde einer **Partei**, die von unserer Partei „des allgemeinen Rückgangs“ erst im vorigen Sommer bei der Reichstagswahl so kräftig auf den Rücken geworfen worden ist, daß ihr die Rippen knackten, dieser Kasus macht uns lachen. Doch der Bericht der Hall. Ztg. fährt dann fort:

„Die Teilnehmer an solchen sogenannten Festlichkeiten rekrutieren sich **meist nur noch aus jungen**, bei kleinen Meistern arbeitenden **Burschen,** während die Arbeiter größerer Etablissements ruhig gearbeitet haben. Auffällig wurde es bemerkt, daß die Eigentümer mehrerer Grundstücke, in dem Sozialdemokraten regelmäßig zu tagen pflegen, den **höheren Gesellschaftskreisen angehören.**

Dieselbe Sitzung des Konservativen Vereins, an dessen Spitze neben dem Landrat v. **Werder** noch andere Leuchten unseres Beamtentums stehen, befaßte sich, nachdem die Maifeier so gründlich auf ihren Unwert erkannt worden war, mit den Eisenbahnern. Was über diese armen, geplagten und entrechteten Proletarier von den Stützen des Throns und des Altars gequasselt worden ist, faßt unsere liebe Giftnudel in folgendem Bericht zusammen:

Ueber den **Verein der Eisenbahnarbeiter** wurde von berufener Seite erläutert, daß der Staat unmöglich ein Auflehnen solcher Leute, denen er **Schutz, Lohn und Brot** gewährt, dulden könne. Denn der Verein befinde sich im sozialdemokratischen Fahrwasser, gehöre also einer Partei an, die sich offen für den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erklärt. Man könnte es keinem Arbeiter verdenken, wenn er seine Lage zu verbessern strebt; sobald er sich aber gegen gemeinnützige Objekte, wie die Eisenbahnen, wendet, **müsse jede Auflehnung sofort streng geahndet werden.**

Jetzt sind **wir** es, die aus vollem, freudigem Herzen rufen: **Recht so!** Nun wissen alle Eisenbahner, die noch im Fahrwasser der konservativen Kriegervereine und andrer patriotischen Klimbimvereine segeln, genau, wie die „Staatserhaltenden“ über ihre Bestrebungen denken; die Eisenbahner werden nicht verfehlen, die erforderliche Lehre daraus zu ziehen. — Vorgestern berichtete die Hall. Ztg., daß in Magdeburg 60 Hafenarbeiter sich solidarisch erklärt haben mit einem Kollegen, der wegen Teilnahme an der Maifeier entlassen worden ist, und daß die 60 gleichfalls die Arbeit niedergelegt haben. Diesen erhebenden Beweis proletarischer Treue und gegenseitiger Liebe begleitet das Blatt mit der Bemerkung: **Frivole Gesellschaft.** — Was dasselbe Organ über Bedrückung und Unrecht über den Streik bei Haase, über den Schmiedestreik, über die Aussperrung der Tischlergesellen und über alle andern Bewegungen in der Arbeiterschaft geschrieben hat, reiht sich vorstehender Blütenlese würdig an. Haben wir da nicht ein gerüttelt und geschüttelt volles Maß von Anlaß, frohlockend auszurufen: „**Es leben unsere Freunde, unsere Feinde?**“ In der schon oben erwähnten Versammlung des Konservativen Vereins wurde zum Schlusse noch die Frage erörtert, welche vorbereitenden Schritte zu unternehmen seien, um bei der nächsten Reichstagswahl der konservativen Partei den Sieg zu verschaffen. Wir wollen das Rezept verraten. Hier ist es: Fahrt so fort, Ihr Herren, in Eurer „berechtigten“ Arbeiterfreundlichkeit; dann prasselt Euer Kandidat bei der Wahl durch, daß es nur so eine Luft ist!

* **Für Restaurateure.** Die Polizei-Verwaltung giebt den Inhabern von Bierleitungen bekannt, daß die neuerdings unter den Namen **Ilonit u. Julischke** zum Verkauf gebrachten Reinigungsmittel für Bierleitungsröhren nicht zweckentsprechend seien, da durch sie keine ausreichende Reinigung erzielt werde und der Preis des hauptsächlich aus Aetznatron bestehenden Mittels seinen eigentlichen Wert um das zehnfache übersteige.

* **Pfandauktion.** Die im Februar 1896 versetzten oder erneuerten Pfandstücke mit den Nummern 5641 bis 10576, für welche die Pfandscheine in grünem Druck hergestellt sind, gelangen vom 13. Mai an von vormittags 9–12 Uhr und nachmittags ¼4 bis 5 Uhr im Auktionslokale an der Marienkirche 3 zur Versteigerung durch Meistbietung.

* **Als gefunden** sind in der zweiten Hälfte des April abgegeben worden: Handschuhe, 1 Broche, 2 Tücher, 2 silberne Uhren, Schirme, Stöcke, 1 Tasche mit Strickzeug, 1 Zigarrenetui, 1 Aermel, 1 Plüschjacke, Lederzuschnitte zu Schuhen, 4 Scheren, 1 kleine Wage, Messer, Gabeln, Löffel, 1 Kutscherpeitsche, 1 Berloque. — Als **verloren** wurden in derselben Zeit angemeldet: 1 goldene Halskette mit goldener Kuhglocke, 1 goldener Ring, 1 Nickelbroche mit Kopf, 1 goldene Brustnadel mit Perlen. — Die Verlustträger der zuerst genannten Gegenstände haben sich innerhalb dreier Monate im Rathaus Zimmer Nr. 56 zu melden.

* **Verhaftet** wurden die Arbeiter **Köppe** und **Brige.** Ersterer steht im Verdacht, vor einiger Zeit einen Schaukasten erbrochen und aus ihm Uhren, Ketten, Operngläser und Ringe gestohlen zu haben; der letztere wird beschuldigt, daß er einen jungen Mann betrogen hat, indem er sich von ihm den Leihhausschein und das Geld geben ließ, mittels dessen der junge Mann seine verpfändete goldene Uhr einlösen wollte, die Einlösung auch bewirkte, aber sich mit der Uhr auf und davon machte.

* **Vermißt** wird nach dem Polizeibericht seit Montag der 16jährige Gipsfigurenverkäufer **Brunigardi**, der in der Blücherstraße beim Gipsfiguren-Fabrikanten Lippi in Arbeit stand und am Montag zum Verkauf von Gipsfiguren in die innere Stadt geschickt worden ist, aber nicht mehr zurückgekehrt ist. Wenn das Los des kleinen Proletariers ein so unendlich trauriges gewesen ist, wie das seiner meisten Kollegen, dann gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß der junge Mensch seinem Leben ein Ende gemacht hat. Wenn nicht bekannt wäre, wie sehr die Polizei mit andern Obliegenheiten belastet ist, könnte man ihr raten, sie möge sich einmal um die Lohn-, Arbeits-, Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der kleinen „Italianos“ näher bekümmern, sie würde da ihr blaues Wunder erleben. Aber die **Jungen** müßten ausgefragt werden und zwar durch einen der italienischen Sprache Mächtigen, nicht ihre Dienstherren.

* **Opfer der Arbeit.** Betreffs des gestern gemeldeten schweren Unglücks, von dem zwei auf Montage geschickte Schlosser der halleschen Maschinenfabrik betroffen worden sind, ist nachzutragen, daß der Erschlagene der Schlosser **Nordmann** ist und daß Friedrichsthal nicht in Mecklenburg sondern bei Küstrin liegt.

* **Kaum ein Tag vergeht,** ohne daß die Saale ein freiwillig oder unfreiwillig ihr gespendetes Menschenopfer an das Ufer schwemmt. Donnerstag früh ist die Leiche eines etwa 30jährigen mittelgroßen Mannes mit schwarzem Haar und Schnurrbart beim Kröllwitzer Kriegerdenkmal aus dem Flusse gezogen worden. Jackett, Hose und Weste bestanden aus gewürfeltem Cheviot, das rote Taschentuch mit weißer Kante war M oder W gezeichnet, in einer Tasche befanden sich 2.39 M., der Klemmer trug die Glasnummer 15. Anscheinend hat die Leiche noch nicht lange im Wasser gelegen.

* **Ertränkt** hat sich hier in der Saale der 15jährige Sohn des in Gohlis bei Leipzig wohnenden Tischlermeisters **Hempel**. Er hat am Montag die elterliche Wohnung verlassen und hier in Halle eine am Mittwoch abgestempelte Postkarte aufgegeben, in welcher er seinen Eltern mitteilt, er werde sich ertränken. Welches stumme Trauerspiel dem Entschluß zu Grunde liegen mag, wird nicht mitgeteilt.

* **Ein Finger schwer verletzt** wurde in der Maschinenfabrik von Weise u. Monski dem Eisendreher **Hesse**. Auch der Schmied Max **Lutze** zerquetschte sich den linken Zeigefinger bei der Arbeit auf der Pfännerschaftlichen Saline.

* **Unfälle.** Nach der Klinik gebracht wurde ein schon bejahrter Mann, der am Mittwoch abend in der Leipzigerstraße zusammengebrochen war. Ausweispapiere führte der äußerst Hilfsbedürftige nicht bei sich. — Durch Fallen von der Treppe erlitt das zweijährige Mädchen des Arbeiters **Seidenstücker** einen linkseitigen Schlüsselbeinbruch. — Der Rollkutscher **Teschner**, im Dienst der Firma Zillmann u. Lorenz, wurde von dem scheu gewordenen Sattelpferde, auf dem er am Mittwoch abend nach Hause ritt, abgeworfen und blieb bewußtlos liegen. Die erlittene Kopfwunde ist an sich nicht gefährlich, doch kann eine Gehirnerschütterung erfolgt sein. — Während der Schneider **Grobe** aus Auerstedt am Donnerstag vormittag bei einem hier wohnenden Kunden weilte, um Maß zu nehmen, fiel er plötzlich, von einem Herzschlag betroffen, tot um.

* **Die Kohlenproduktion** der beiden im Bezirk des halleschen Oberbergamts gelegenen **Steinkohlengruben** förderte mit 44 Arbeitern von Januar bis Ende März d. Js. 51880 Zentner, von denen 34360 Zentner abgesetzt wurden. Auf den 275 **Braunkohlenwerken** waren 26294 Arbeiter beschäftigt, 421 mehr als im gleichen Zeitraum vorigen Jahres. Die Produktion bezifferte sich auf 97431120 Zentner (fast 97½ Millionen), von denen rund 76½ Millionen Zentner abgesetzt wurden. Gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres hat die Produktion um 5124120 Zentner, der Absatz um 6682080 Zentner zugenommen.

Wettin. Als Bürgermeister wurde an Stelle des wegen Unwürdigkeit seines Amtes entsetzten früheren Bürgermeisters Bachmann Herr Stadtsekretär **Braune** aus Schneidemühl gewählt.

Zeitz. Für das laufende Jahr werden als städtische Abgaben erhoben 100 Proz. der Einkommensteuer und je 150 Proz. an Gewerbe- und Gebäudesteuern. Das Kubikmeter Leitungswasser wird mit 15 Pfg. berechnet.

Magdeburg. Seine Entlassung erhielt ein Unterprimaner, weil er in eine Zeitung eine Annonce hatte einrücken lassen, derzufolge einer seiner Oberlehrer die Geburt eines Kindes anzeigte. Das neuangekommene Baby existierte aber nur in der Phantasie des übermütigen Penälers.

Bitterfeld. Die schleunige Beendigung der Erdarbeiten der im Bau befindlichen Verbindungsbahn von hier nach Stumsdorf stößt insofern auf Schwierigkeiten, als es weder in Zörbig noch in den Dörfern Heideloh und Tannepöls, Zöberitz und Möhlau genügend viele Wohnungen für die Arbeiter giebt, der mehr als stundenlange Weg nach Sandersdorf aber so beschwerlich ist, daß die Arbeiter meist nach kurzer Zeit es vorziehen, wieder fortzugehen.

Freyburg. Bei der Dampfziegelei von Pätzold u. Schöner wurde der 7jährige Sohn des Arbeiters **Siebock**, den seine in der Ziegelei beschäftigte Mutter mit auf Arbeit genommen hatte, von einer Lowry so schwer am Kopfe verletzt, daß das Gehirn heraustrat. Lassen die Arbeiter, während sie für das Kapital fronen, ihre Kinder allein zu Hause, so müssen sie befürchten, daß sie verbrennen, ersticken oder sonstwie Schaden nehmen. Behalten sie ihre Kleinen bei der Arbeit bei sich, so zertrümmert eine Lowry ihnen den Kopf. Es ist schon ein herrliches Los, Proletarierkind zu sein!

Kleine Provinzial-Chronik. In **Bruckdorf** kugelte sich der Gärtnergehilfe Otto Meißner bei einem Fall von der Treppe einen Arm aus. — In **Bennstedt** brannte das Haus des Fleischermeisters Friedmann nieder.

Versammlungsbericht.

† **Glaser.** Die hiesige Glasergesellschaft hielt am 4. Mai im Englischen Hof eine öffentliche Glaserversammlung ab. Dieselbe war von 40 Mann besucht. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme gegen zwei Meister, welche zwei Kollegen wegen der Maifeier maßregelten. Es erhält zunächst der Kollege **Horn** das Wort. Derselbe arbeitete beim Glasermeister **A. Schlegel**, Weidenplan. Dieser hat zu ihm gesagt, wenn er den 1. Mai feiere, könne er bis Donnerstag feiern. Daß sich eine derartige Maßregel kein zielbewußter Arbeiter bieten läßt, wird jedem denkenden Menschen erklärlich sein. Horn legte die Arbeit nieder. Seiner Zeit sagte Herr Schlegel, daß er keinen Kollegen von uns brauchte und er verwarf unseren Arbeitsnachweis. Wir könnten Herrn Schlegel noch viel besser kennzeichnen, jedoch für heute genug. Wir ersuchen unsere Kollegen und namentlich die **Tischler**, diese Werkstellen zu meiden. Der zweite Fall von Maßregelung ist noch viel schöner. Man höre und staune: Der Kollege **Schöne** arbeitete in der Glaserei von **Zipprich**, Forsterstraße. Schöne hatte, wie die große Mehrzahl der Glasergesellen, den 1. Mai mit gefeiert. Als er nun am Montag zur Arbeit kam, sagte sein Meister, **er solle machen, daß er 'naus komme, sonst schmeiße er ihn 'raus**, worauf der Kollege es vorzog, zu gehen, sonst hätte es ihm ergehen können, wie vor ihm einem anderen, der von Zipprich geschlagen wurde. Mit dem wohllöblichen Herrn Zipprich wird sich wohl das Gewerbegericht noch beschäftigen müssen, da der Kollege Schöne noch Lohnforderungen an Zipprich zu stellen hat. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

Die heute im Englischen Hof tagende öffentliche Glaserversammlung spricht hiermit ihre Entrüstung aus gegen die Meister Schlegel und Zipprich wegen Maßregelung zweier Kollegen, die den 1. Mai gefeiert haben, und beschließt, über die genannten Werkstellen die Sperre zu verhängen. Diese Sperre ist in allen Arbeiterblättern, im Fachorgan und der Gewerkschaft zu veröffentlichen. Die Versammlung verspricht ferner, mit allen Mitteln für die ausgesperrten Kollegen einzutreten. W. B.

† **Geschäftsdiener.** Am Dienstag, den 4. Mai fand in Hinzes Restaurant die Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Geschäftsdiener, Markthelfer, Packer, Kutscher und verwandten Berufe statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse **Ehrler** einen Vortrag über die Freiheit der Arbeit, welcher von der gut besuchten Versammlung sehr aufmerksam angehört wurde. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Zum Verschiedenen kam zur Sprache, daß die Firma **Max Beyer u. Ko.** geradezu Jammerlöhne an ihre Arbeiter zahle, z. B. einem vom Militär Entlassenen einen Wochenlohn von sage und schreibe **10 Mark**, jetzt hat man großmütig bare 2 Mark zugelegt, so daß er jetzt den horrenden Lohn von **12 Mark** verdient. Ein anderer Arbeiter, der jetzt eingestellt wurde, ist Familienvater, er bekam auch 12 Mark. Wie der Mann mit 12 Mark seine Familie ernähren soll, das mögen die Götter wissen oder auch Herr Max Beyer u. Ko., sonst würde er wohl mehr Lohn geben. Ob Herr Beyer auch mit 12 Mark seine Familie erhalten kann? (Aber nicht etwa täglich sondern **wöchentlich!**) Es wird wirklich Zeit, daß sich derartige Arbeiter dem Verein anschließen. Denn nur durch Zusammenschluß ist etwas zu erreichen. Schluß der Versammlung 11 Uhr. S.

Aus dem Reiche.

Potsdam. Ein „**Edelster**“ gesucht! In dem Bestreben, möglichst ihre Eigenart zu bewahren, entziehen sich die Angehörigen der durch „Geburt und Abstammung zur Herrschaft prädestinierten“ Geschlechter für gewöhnlich der Berührung mit dem gemeinen Volk. Indes giebt es doch Ausnahmen, in denen selbst ein eisenumpanzertes Junkerherz menschlichen Regungen nachgiebt und zum Volke herabsteigt, allerdings meistens in recht eigentümlicher Form, wie wieder einmal aus einer Bekanntmachung im „Oeffentlichen Anzeiger der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin“ hervorgeht. Dort wird in Vertretung einer minderjährigen, unverehelichten Eisenbahnsekretärstochter durch deren Vater und Rechtsanwalt nach dem Verbleib des Leutnants a. D. Erich **v. Schkopp** geforscht. Dieser Ehrenmann hat nämlich dem Mädchen zum Andenken an seine edelmännischen Huldigungen ein kleines Baby hinterlassen, ohne um die erforderlichen Kosten für den Unterhalt eines solchen lebendigen Andenkens sich zu kümmern. Ohne Abschied von der Geliebten hat er dann eine Kulturmission nach Afrika übernommen, die Zeit seiner Rückkehr ist ebenso unbekannt, wie seine Adresse. So blieb seinen „trauernden Hinterbliebenen“ nichts übrig, als ihn öffentlich vor das Amtsgericht zu zitieren, um sich alda über die Begleichung der Kurkosten und Alimentationsrechnung zu äußern.

Hannover. **Ein Hüter der Ordnung.** Vor dem Schöffengericht stand die Ehefrau des Dienstmannes Tiefel unter der Anklage, dem Schutzmann Heinrich I Widerstand geleistet und ihn beleidigt zu haben. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde die Frau indes kostenlos freigesprochen, weil festgestellt wurde, daß der Schutzmann bei ihrer Festnahme absolut nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes gehandelt hatte. Bezüglich der Beleidigung nahm das Gericht die Kompensation an, weil auch hier durch Zeugen bekundet wurde, **daß der Schutzmann die wehrlose Frau zuerst beschimpft hatte.** (!!) Das Gericht sprach in der Urteilsbegründung seine Entrüstung über das Benehmen des Schutzmannes aus und hob dabei hervor, daß es bedauerlich und durchaus ungehörig sei, daß derselbe sich zu den in Frage stehenden Beleidigungen habe hinreißen lassen.

Glogau. **Die von dem Rittergutsbesitzer John zu Leschkowitz gemißhandelte Sachsengängerin** ist jetzt auf dem Dominium **Burglehn** bei Raudten ermittelt worden. Der Strafrichter wird nunmehr den Thatbestand genauer festzustellen haben.

Frankfurt a. M. **Ungiltige Polizeistrafen.** Viele Strafmandate waren an die Wagenführer der Lokaldampfbahn ergangen, weil das Publikum durch Dampf und Rauch der Maschine sollte belästigt worden sein. Auf Antrag erfolgte eine gerichtliche Entscheidung, die mit Freisprechung aller Bestraften endete, weil diese bei der Steigung der Straße an betreffender Stelle sich in einer Zwangslage befunden haben und nur Wasserdampf, aber kein Rauch ausgeströmt ist.

Aachen. Die Gummifabrik von S. Saul in Forst ist größtenteils abgebrannt.

Düren. Totgefahren wurde von einem Omnibus der Radfahrer Malermeister Rallesen.

Köln. Verhaftet wegen großer Betrügereien wurde der Besitzer des Kaiser Cafes, Herr Hecht.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 5. Mai.

Aufgeboten: Der Kutscher Kitzing und Wilhelmine Auprich (Maasdorf). Der Steinsetzer Seybewitz und Frida Eberhardt. Der Stenograph Schlosser und Helene Stark (Wallhausen). Der Fabrikarbeiter Kohlisch (Leipzig) und Hedwig Kramer. Der Stellmacher Berschmann (Sennewitz) und Klara Konrad (Gimritz).

Eheschließungen: Der Gastwirt Wenzel und Bertha Wenzel. Der chirurg. Instrumentenmacher Judel und Bertha Pahnke.

Geboren: Dem Kutscher Gleichmann ein S. Dem Handschuhfabrikanten Merkwitz ein S. Dem Schuhmacher Schulze eine T. Dem prakt. Arzt, Kreiswundarzt Dr. med. Strube ein S. Dem Handarbeiter Brendel ein S. Dem Restaurateur Naundorf eine T. Dem Schmied Keller ein S. Dem Brauerei-Inspektor Kämpfer eine T. Dem Bäcker Ostermann ein S. Dem Kaufmann Gruneberg ein S. Dem Schmied Scherf eine T.

Gestorben: Die Witwe Kögel geb. Pein, 74 J. (Klinik). Des Lokomotivheizer Pfeiffer T. Margarete, 1 J. (Klinik). Des Zimmermann Brode S. Max, 4 Mon. Der Tischlermstr. Jakobs, 74 J. (Klinik). Der Rentner Kühnast, 61 J. Des Schuhmacher Göbel S. Walther, 3 J. (Diakonissenhaus). Des Feuerwehrmann Tscherisch S., totgeb. Des Bureaugehilfen Oswald Ehefrau Therese geb. Oberbeck, 26 J. Des Straßenarbeiter Mühlhauße Ehefrau Bertha geb. Seibewitz, 22 J. (Klinik). Der Tischlermeister Schulze, 77 J. Die Witwe Klöpzig geb. Schlotte, 63 J. Des Instrumentenmacher Kruse S. Fritz, 2 J. (Klinik). Der Täschnermstr. Köcknitz, 80 J. (Hospital).

Für die Redaktion verantwortlich: Ad. Thiele in Halle.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Eratz, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970508-12/fragment/page=0006